

25. Oktober
7 / 2018
www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zum Schulstart +++ Landtag gegen Hass und Hetze +++ Soll Volksbefragung in die Landesverfassung? +++ Öffentliche Anhörung „Jung sein in M-V“ +++ Öffentliche Anhörung Straßenausbaubeiträge +++ Seiteneinsteiger im Schuldienst +++ Ausschreibung Umweltpreis +++ Jugend im Landtag 2018 +++



Foto (Cornelius Kettler): Der rund 70 Meter hohe Hauptturm des Schweriner Schlosses

3	Gastkolumne	Michael Seidel (Chefredakteur im Zeitungsverlag Schwerin) kommentiert die Debatte zu den Vorkommnissen in Chemnitz
4 – 18	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Schulstart in Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 16	Berichte	Landtag setzt Zeichen gegen Hass und Hetze Volksbefragung in die Landesverfassung? Seiteneinsteiger im Schuldienst Nothilfen für Dürreschäden in der Landwirtschaft Jahresberichte 2016 und 2017 der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
17	Weitere Beschlüsse	Zweite Lesung Änderung Denkmalschutzgesetz (Finderlohn) Zweite Lesung Änderung Nichtrauchergesetz (Rauchverbot auf Spielplätzen) Zweite Lesung Änderung Fischereigesetz (Gemeinschaftsfischen) Tag der Menschen mit Behinderungen Nachruf
18	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
19 – 23	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Sozialausschuss:</i> Öffentliche Anhörung „Jung sein in M-V“ (Medienbildung und Digitalisierung) <i>Innen- und Europaausschuss:</i> Öffentliche Anhörung Straßenausbaubeiträge Besuch einer privaten Sicherheitsfirma in Rostock <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung Konversionsbericht der Landesregierung <i>Petitionsausschuss:</i> Ortstermin Rütinger Wassermühle <i>Internationales:</i> 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) Ende August auf den Åland-Inseln
24 – 27	PANORAMA	Ausschreibung Umweltpreis 2018/2019 des Landtages „Wir bringen Chaos in die Ordnung“: Jugend im Landtag 2018
28	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 12.10.2018

Mimosen



Foto: Ekki Raff

Michael Seidel ist Chefredakteur im Zeitungsverlag Schwerin, in dem die Schweriner Volkszeitung, die Norddeutschen Nachrichten und Der Prignitzer erscheinen. Seidel war lange Jahre Parlamentskorrespondent und Vorstand der Landespressekonferenz.

■ Man könnte auf den Gedanken kommen, ein interfraktioneller Antrag gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus, der sich auf Ereignisse weit außerhalb der Landesgrenzen bezieht, sei nur etwas „für die Galerie“. Chemnitz und Köthen jedoch waren ein derartiges Fanal, dass eine Positionierung des Landesparlaments

kisch orientierten Identitären Bewegung mit ihren ethnopluralistisch-kulturrassistischen Konzepten inspirieren lassen, die kein Problem mit völkisch artikulierenden Professoren haben, die politische Gegner pauschal als „linkes Establishment“ diffamieren und gern bei nächster Gelegenheit drastischen Maßnahmen unterziehen würden.

abgeschafft gehöre. Flüchtlinge, Migranten generell, aber auch das meiste andere „Andersartige“ – etwa „linksgrün versifft“ Journalisten – werden als Feinde deklariert, sofern sie nicht das Lied der AfD singen. Wer so argumentiert, ist zwar auf demokratische Weise in seine Position gekommen, hat aber mit Demokraten wenig gemein.

„Demokratisch gewählt zu sein, macht nicht automatisch zum Demokraten.“

höchst angebracht war. Vier Fraktionen, die ansonsten nicht viel gemein haben, konnten sich auf einen gemeinsamen Antrag verständigen. Ein gutes Signal für Demokraten. Die fünfte Fraktion gab sich beleidigt, weil sie nicht gefragt worden war. Das wirkt für Außenstehende wie berechtigte Kritik. Wer sich etwas detaillierter mit dem Agieren dieser Partei beschäftigt, käme nicht auf die Idee, dass die AfD sich je hinter dem gemeinsamen Antrag sammeln wollte. Fraktionschef Nikolaus Kramer behauptete zwar in der Debatte am 14. September, seine Fraktion distanzieren sich in aller Form von Extremisten und Gewalttätern. Die Taten einzelner Mitglieder auch aus MV sprechen jedoch eine andere Sprache. Und von solchen Mitgliedern distanziert sich weder Kramer noch sonst jemand in der Partei.

Dagegen setzten sich vier ehemalige Mitglieder vor einem Jahr schon von Parteifreunden ab, die sich von der völk-

Diese „Abtrünnigen“ sind heute als „Bürger für MV-Fraktion“ selbstverständliche Mitglieder der demokratischen Familie. Weil ihre Abgrenzung durch ihr anschließendes Tun glaubwürdig ist.

Nur weil man mit demokratischen Mitteln gewählt ist, macht das noch niemanden zum Demokraten. Denn das hieße, den politisch oder weltanschaulich oder sexuell Anderen zu respektieren, ihm zuzugestehen, dass auch seine Ansicht oder Orientierung legitim sind. Es ist das Wesen des demokratischen Prozesses, zwischen „normalen“ Unterschieden oder gar Gegensätzen zu vermitteln und Kompromisse auszuhandeln. Das Ziel von Demokratie ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern, statt sie destruktiv und fatalistisch noch zuzuspitzen.

Stattdessen betrachtet die AfD alle „etablierten“, also schon länger vorhandenen Parteien als verkommenes System, das

Andererseits machte die Debatte deutlich, dass auch Demokraten nicht das Maß verlieren dürfen. Wer mahnt, dass aus Gedanken Worte und aus Worten Taten werden, darf selbst nicht den politischen Gegner mit Pauschalvorwürfen oder persönlichen Angriffen „unter der Gürtellinie“ überziehen.

Die Grenze ist hier wie da fließend. Und gewiss wäre zuweilen klarere Abgrenzung gegenüber radikalen Gruppen in linken Parteien angebracht. Doch wer politische Korrektheit zum Schimpfwort degradiert hat, andererseits aber Sprachpolizei für Punkrockbands spielen will, macht sich eher unglaubwürdig.

Im Übrigen gilt in Wehnerscher Tradition auch die parlamentarische Regel: Auf einen groben Klotz gehört im Interesse einer lebhaften Debatte ein grober Keil. In letztere Kategorie gehörte wohl der Satz des SPD-Fraktionschefs Thomas Krüger, der in Bezug auf die in Chemnitz Seit' an Seit' marschierenden AfD-, NPD- und Pegida-Repräsentanten artikulierte: „Wer mit dem Teufel marschiert, stinkt nach Schwefel – und hier im Saal stinkt es nach Schwefel.“

Michael Seidel



Bernhard Wildt (BMV)



Bildungsministerin Birgit Hesse



Jens-Holger Schneider (AfD)

Schulstart gelungen oder nicht?

Land stellte mehr als 600 neue Lehrer ein / Opposition beklagt zu viele Seiteneinsteiger und hohen Stundenausfall

Auch die schönste Ferienzeit geht einmal vorbei. Am 20. August starteten 150.000 Schülerinnen und Schüler an den 562 allgemeinbildenden Schulen ins neue Schuljahr. Und wie ist dieser Schulstart verlaufen? Nach Einschätzung von Bildungsministerin Birgit Hesse „zufriedenstellend und stolperfrei“. Nach Ansicht der Opposition alles andere als das. Debattiert wurde auf Antrag der BMV-Fraktion. Sie hatte den Schulstart zum Thema der ersten Aktuellen Stunde nach der Sommerpause gemacht. Im Fokus der Kritik standen vor allem Unterrichtsausfall, Lehrermangel und der hohe Anteil an Seiteneinsteigern.

Lehrermangel und Unterrichtsausfall – das sind nach Ansicht von BMV-Fraktionschef **Bernhard Wildt** zwei drängende Probleme in der Schulpolitik des Landes. Rund 30 Prozent der gut 600 neu eingestellten Lehrer seien Seiteneinsteiger. Das zeige, dass die pädagogische Nachwuchsgewinnung nicht ausreichend funktioniere. „Tatsächlich bricht die Hälfte der Lehramtsstudenten das Studium vorzeitig ab.“ So etwas könne nicht mit Seiteneinsteigern kompensiert werden – zumal das Land diese nur unzureichend qualifiziere. Am deutlichsten mache sich der Lehrermangel beim Unterrichtsausfall bemerkbar. Im ersten Halbjahr des vergangenen Schuljahres hätten mehr als zehn Prozent der Schulstunden nicht ordentlich stattgefunden. Vertretungen in Form von Stillarbeit und Klassenzusammenlegungen seien für ihn kein adäquater Unterricht, so Wildt. Darüber hinaus frage sich seine Fraktion: „Sind die Stundentafeln hinsichtlich der Fortschritte in Wissenschaft und Technik noch zeitgemäß? Warum verlässt jeder elfte Schüler die Schule ohne Abschluss, während es bundesweit nur jeder 17. ist? Ist die derzeitige Schulstruktur im ländlichen Raum wirklich zukunftsfest?“ Auch über den Investitionsstau an Schu-

len und die schleppende Digitalisierung müsse geredet werden. Wildt forderte die Ministerpräsidentin auf, das Thema zur Chefsache zu machen und „ähnlich wie bei der Theaterreform vom Tisch zu bringen“.

„Ich will nicht behaupten, dass wir gar keine Probleme haben“, entgegnete Bildungsministerin **Birgit Hesse**. Alles schlechtzureden, zeichne aber ein völlig falsches Bild von der Situation an den Schulen. Denn unterm Strich sei das Schuljahr „zufriedenstellend und stolperfrei“ gestartet. 674 Lehrerstellen neu zu besetzen, sei ein Kraftakt, den auch eine Opposition durchaus mal anerkennen könne. Hesse betonte, dass ausgebildete Lehrkräfte bei der Stellenvergabe jederzeit Vorrang gegenüber Seiteneinsteigern hätten. Sie verwahre sich jedoch dagegen, Seiteneinsteiger als „Lehrer zweiter Klasse“ abzustempeln. „Sie haben in der Regel ein Hochschulstudium in einem bestimmten Fach“ und trügen dazu bei, die Unterrichtsversorgung abzusichern. Um den Lehrermangel mit Blick auf die kommenden Schuljahre abzufedern, schreibe das Bildungsministerium das ganze Jahr über Stellen aus. Aus den Jobangeboten in der Stellen-

börse zu schlussfolgern, dass der Unterricht aktuell nicht abgesichert sei, „macht mich wütend“. Diese Stellenangebote dienten dem Vorgriff auf künftige Schuljahre oder dem Bewältigen zusätzlicher Aufgaben wie der Inklusion. „Wir stellen also mehr ein, als die eigentliche Unterrichtsversorgung notwendig macht.“ Dazu werde auch die Lehrerwerbekampagne „mit Nachdruck“ fortgesetzt. Mit ihrer Hilfe habe das Land bereits aus fast allen Bundesländern Lehrer gewinnen können. „Das ist ein Fakt, auf den ich sehr stolz bin.“

Für **Jens-Holger Schneider** (AfD) kann von einem „Musterstart ins neue Schuljahr“ keine Rede sein. „Viele Schulleiter klagten darüber, dass sie trotz höherer Schülerzahlen weniger Lehrerwochenstunden zugewiesen bekamen.“ In der Folge hätten manche Schulen zusätzliche Angebote, zum Beispiel im Förderbereich, streichen müssen. Nicht selten gerieten mit erkrankten Lehrern ganze Stundenplanungen in Gefahr. Außerdem habe es sehr wohl unbesetzte Stellen gegeben, allem voran in MINT-Fächern und ländlichen Regionen, so Schneider. All das mache deutlich: „Der Landesregierung fehlen immer noch nachhaltige Konzepte zur Behebung des Lehrermangels.“ Er forderte, das Lehramtsstudium zu reformieren und „formaljuristische Hindernisse“ für zusätzliche Fächerqualifikationen abzubauen. Nicht zuletzt leide die Attraktivität des Lehrerberufs aber auch unter den Problemen von Inklusion und Integration sowie Disziplinlosigkeit, Schulschwänzertum, Drogenkonsum und Gewaltbereitschaft von Schülern. „Dass die Autorität der Lehrer immer mehr infrage gestellt wird und Lehrkräfte im Extremfall handgreiflich attackiert werden, ist nicht hinzunehmen.“ Vorbei sein müsse auch die Zeit der „pädago-



Marc Reinhardt (CDU)



Simone Oldenburg (DIE LINKE)



Andreas Butzki (SPD)

Fotos: Uwe Sinnecker

gischen Experimente“, bei denen Kinder zum Beispiel nach Gehör schreiben oder Zensuren und Schreibschrift abgeschafft würden. Das Land brauche vielmehr eine Bildungspolitik, „die sich an bewährten und erfolgreichen Modellen orientiert und nicht jede ideologisch motivierte Mode mitmacht“.

Die BMV habe viele Herausforderungen benannt, führte **Marc Reinhardt** (CDU) an. „Wenn dann aber Ihr einziger Lösungsvorschlag ist, die Ministerpräsidentin möge es zur Chefsache machen, dann ist das für eine Oppositionsfraktion aus meiner Sicht zu wenig. Da erwarte ich von Ihnen schon ein paar mehr Vorschläge.“ Denn das Land müsse sich auch für die kommenden Jahre auf einen steigenden Lehrerberuf einstellen. Dazu gehöre, Seiteneinsteiger noch besser zu qualifizieren und die Lehrerbildung bedarfsgerechter zu gestalten. Im Moment passe der Bedarf des Landes nur selten mit den Wünschen der Studierenden zusammen. „Da muss uns gemeinsam etwas einfallen, damit wir am Ende auch die Lehrkräfte ausbilden, die wir tatsächlich an unseren Schulen brauchen.“ Den Lehrerberuf wieder attraktiver zu machen, sei ein Prozess, in dem ungeachtet der noch anstehenden Aufgaben aber auch schon viel erreicht worden sei. Die „Mutter aller Erfolge und Problemlöser“ sei dabei die von der CDU-Fraktion initiierte Verbeamtung der Lehrer. „Das ist immer noch der wichtigste Baustein, um Lehrkräfte zu gewinnen.“ Dabei könne es aber nicht bleiben. „Wir werden weiter über Zulagen für Schulleitungen und Lehrkräfte mit Leitungsaufgaben oder Abminderungsstunden für ältere Lehrkräfte reden müssen.“ Seine Fraktion verstehe sich dabei weiterhin als „Motor“.

Den Unterricht absichern – „nein, Frau Hesse, das können Sie nicht“, widersprach **Simone Oldenburg**, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, der Bildungsministerin. „Ihr eigenes Ministerium teilte uns mit, dass viele der ursprünglich eingestellten Lehrkräfte nun doch ihren Dienst nicht in Mecklenburg-Vorpommern antreten oder man zu spät gemerkt hat, dass sie nur ein Fach haben und das zweite nicht, und es dann zu neuen Ausschreibungen kommt.“ Die hohe Seiteneinsteigerquote habe die Landesregierung selbst zu verantworten: „Seit etlichen Jahren hat sie verschlafen, die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte attraktiver zu machen, das Referendariat im ländlichen Raum zu stärken, den Lehrkräftebedarf den steigenden Schülerzahlen anzupassen, Grundschullehrer gerecht zu vergüten und gegen Studienabbrüche vorzugehen.“ Der Unterrichtsausfall habe Dimensionen angenommen, die selbst Schülern „viel zu viel“ seien. „Mehr als die Hälfte der Vertretungslehrerstellen sind unbesetzt.“ Doch anstatt an der „Politik des Ignorierens und Wegduckens“ etwas zu ändern, rühme sich die Bildungsministerin damit, dass Ganztagschulen nun auch Angelkurse anbieten und damit zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen. „Nein, Frau Hesse: Nicht Angeln verbessert die Chancengerechtigkeit, sondern Mathematik-, Deutsch- und Englischunterricht, der nicht ausfällt, nicht gekürzt wird und nicht in Stillarbeit stattfindet.“

„Hier wird nichts kleingeredet!“, konterte **Andreas Butzki** (SPD). „Der Unterricht an unseren Schulen ist abgesichert.“ Natürlich gebe es bei rund 500 Schulen und 11.000 Lehrern auch mal „Anlaufprobleme“. Das wolle er auch gar nicht schönreden. „Aber genauso wenig halte ich von Schwarzmalerei und Pessimismus.“ Als langjähriger Schulleiter könne

er sich an kein Jahr erinnern, in dem nicht behauptet wurde, „so schlimm wie dieses Jahr war es noch nie“. Derartige Verunsicherungen würden keinem helfen. „Im Endeffekt führt das nur zu Politikverdrossenheit.“ Der heutige Lehrermangel sei eine Nachwirkung des Lehrpersonalprinzips, mit dem aufgrund sinkender Geburtenzahlen in den 1990er-Jahren für lange Zeit keine Lehrer eingestellt worden seien. „Und so fehlt uns jetzt fast eine komplette Lehrergeneration.“ Nicht zu vergessen: Die 125 Schulen im Land, die die Schülermindeststärken nicht erfüllen und eine Ausnahmegeheimung haben. Das seien bewusste Entscheidungen zur Stärkung des ländlichen Raumes – letztlich aber auch personalintensive Lösungen. Auf all diese Herausforderungen reagiere die Regierungskoalition seit Langem. „Als ich 2011 in den Landtag kam, haben wir 760 Millionen Euro für die Schulen ausgegeben. Wenn man jetzt in den Haushalt guckt, sind es über eine Milliarde Euro.“ Fakt sei aber auch: „Wir können niemanden zwingen, Mathematik und Physik zu studieren.“

Thema Schule in weiteren Plenardebatten

Das Thema Schule nahm in der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause einen breiten Raum in den Plenardebatten ein. Im Verlauf der drei Sitzungstage wurde auch über Seiteneinsteiger, Fahrtkostenzuschüsse, Gehälter für Grundschullehrer und eine zusätzliche Sportstunde debattiert. Mehr Informationen dazu finden Sie auf den Seiten 10 - 11.

Zeichen gegen Hass und Hetze

Landtag verurteilt Geschehnisse
in Chemnitz

■ Der Landtag hat als Reaktion auf die Ereignisse in Chemnitz Gewalt, Hass und Hetze entschieden verurteilt. In einem gemeinsamen Antrag wandten sich SPD, CDU, DIE LINKE und BMV gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus. Die AfD kritisierte, bei der Entscheidung für den interfraktionellen Antrag nicht einbezogen worden zu sein, und legte einen eigenen Antrag vor, ergänzt durch den Begriff „Deutschenfeindlichkeit“. Beide Dringlichkeitsanträge waren kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt worden und wurden mehr als zwei Stunden lang debattiert.

„Viele Parlamente in dieser Republik befassen sich auf ihren Sitzungen mit den Ereignissen und Auswirkungen der Vorkommnisse in Chemnitz. Und so ist es auch angezeigt, dass unser Landtag nicht einfach so zur Tagesordnung übergeht, sondern, dass wir uns hier klar positionieren“, brachte **Peter Ritter** (DIE LINKE) den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag ein. „Mit diesem Antrag sprechen wir den Angehörigen und Freunden der Opfer von Gewaltverbrechen unser Mitgefühl aus. Mit diesem Antrag sprechen wir uns erneut gegen körperliche und verbale Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung aus. Und mit diesem Antrag

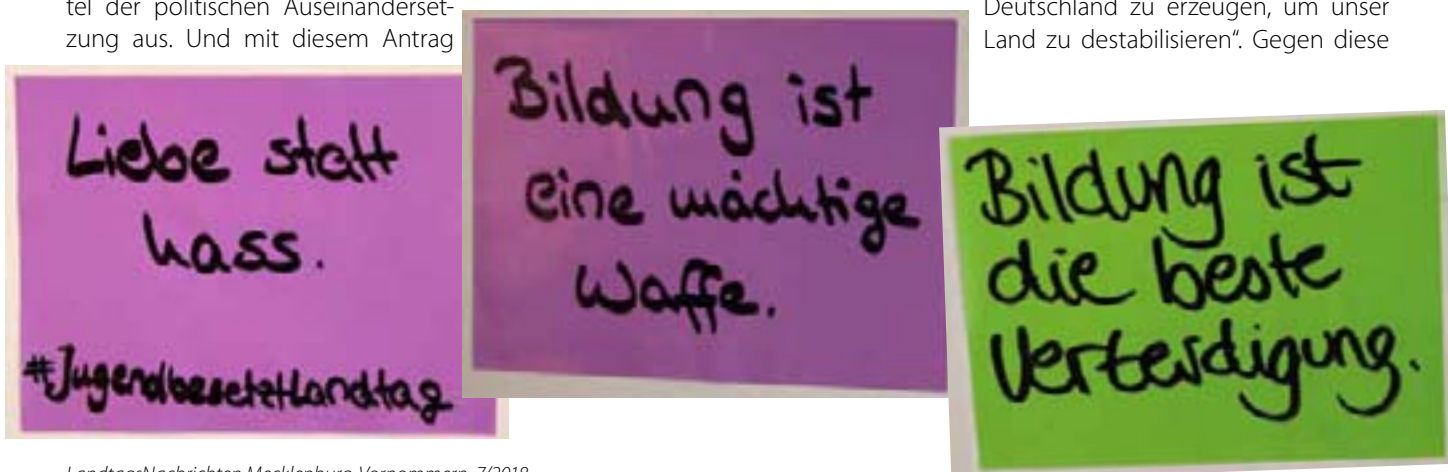
sprechen wir uns erneut dafür aus, Demokratie und Toleranz nicht als selbstverständlich herzunehmen, sondern täglich für deren Verteidigung und Stärkung zu sorgen. Nicht mehr und nicht weniger.“

Die AfD kritisierte, nicht in den Antrag einbezogen worden zu sein. „Auch für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, sich jederzeit gegen Rassismus, Antisemitismus, Extremismus jeglicher Couleur, aber auch gegen Deutschenfeindlichkeit auszusprechen“, sagte Fraktionsvorsitzender **Nikolaus Kramer**. Das gehöre für seine Fraktion „zum Maßstab alltäglichen Handelns“. Aus Sicht der AfD hätte der interfraktionelle Antrag jedoch noch weiter gefasst und auch „Deutschenfeindlichkeit“, Sitzblockaden oder „die Einschränkung des Demonstrationsrechts durch den sogenannten zivilen Ungehorsam“ einschließen müssen. „Denn auch das ist eine Form der Gewalt, die strikt abzulehnen ist“, begründete er den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** begrüßte den interfraktionellen Antrag. „Das ist ein Thema, das die Menschen bewegt und deshalb auch in unseren Landtag gehört.“ Die letzten Wochen hätten einmal mehr gezeigt: „Unsere Gesellschaft verändert sich. Der Ton ist rauer geworden, die Verunsicherung bei vielen wächst. Es gibt eine tiefergehende Spaltung.“ Trauer und Wut über das Verbrechen seien verständlich. Das dürfe aber nicht in Gewalt und Hetze münden. Die Tat aufzuklären und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, sei Sache des Rechtsstaates. „Das Gewaltmonopol des Staates und die Durchsetzung des Rechts können nie-

mals infrage stehen.“ Demokratie lebe von unterschiedlichen Meinungen. „Man darf alles sagen, es gibt Meinungsfreiheit. Aber die Grenze ist da, wo die Meinung zu Hass und Hetze gegenüber anderen führt.“ Bei Demonstrationen den Hitlergruß zu zeigen oder Polizisten, Journalisten und jüdische Einrichtungen anzugreifen, sei ebenso wenig akzeptabel wie alle Menschen mit Migrationshintergrund „in einen Topf zu werfen“. Schwesig warf der AfD vor, den Fall politisch zu instrumentalisieren und „mit Rechtsradikalen und Nazis gemeinsame Sache zu machen“. Damit zeige die Partei immer mehr „ihr wahres Gesicht“. Dem gelte es entgegenzutreten – auch mit einer Politik, die die Menschen stärker als bisher mitnehme. „Da hat sich eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufgestaut.“ Hier sei jeder einzelne Abgeordnete gefordert, sein eigenes Handeln selbstkritisch zu hinterfragen, „auf alle zuzugehen, zuzuhören und das zusammenzuführen, was im Streit auseinandergeht“. Ihrer Einschätzung nach gebe es da „viel mehr zu tun als bisher“.

Für **Dr. Matthias Manthei** (BMV) steht der Rechtsstaat „vor einer Bewährungsprobe“. Die Geschehnisse nach der Tat hätten gezeigt, dass es politische Kräfte in Deutschland gebe, die keinen Respekt mehr vor dem Rechtsstaat – und damit dem „wesentlichen Element der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ – haben. Wer einen Justizbeamten, der den Haftbefehl eines Tatverdächtigen veröffentlicht, als Helden feiere und damit „ein totales Versagen des Rechtsstaates“ suggeriere, habe sich von der Realität abgekoppelt. „Diese Leute leben nur noch in der Welt des Hasses und der Hetze von Facebook.“ Ihr Ziel sei es, „eine aggressive Stimmung in Deutschland zu erzeugen, um unser Land zu destabilisieren“. Gegen diese



„Verächter“ müsse der Staat entschieden vorgehen. „Unsere Demokratie muss wehrhaft sein.“ Den Rechtsstaat infrage zu stellen, beleidige letztlich auch alle Polizisten und Justizmitarbeiter, die täglich mit Fleiß und Engagement ihrer Arbeit nachgingen. Denn: „Der Rechtsstaat in Deutschland funktioniert.“ Gleichzeitig erneuerte Manthei seine Kritik an der Asylpolitik des Bundes. Die „illegale Einwanderung“ führe zu „berechtigten Sorgen“ und Vertrauensverlust in der Bevölkerung. „Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat geltendes Recht beachtet und durchsetzt.“ Alles andere leiste dem Rechtsextremismus nur Vorschub. Um Vertrauen wiederzugewinnen, dürfe sich der Staat auch nicht noch weiter aus der Fläche zurückziehen. „Er muss wieder zum Bürger zurückkommen, zum Beispiel durch Polizeipräsenz in der Fläche.“

Torsten Renz (CDU) erinnerte daran, dass er vor ein paar Monaten hier, im Plenum, schon einmal davor gewarnt habe, dass aus Gedanken Worte und aus Worte Taten werden. „Ich habe das Gefühl, dass wir auf dieser Skala weiter nach rechts gerückt sind. Das bereitet mir Sorge.“ Die Welt befinde sich unübersehbar im Wandel. „Sie ist schneller, unübersichtlicher und komplexer geworden. Menschen gehen mit dieser Veränderung sehr unterschiedlich um.“ Für oder gegen etwas zu sein, Meinungen frei zu äußern und dafür auf die Straße zu gehen, sei legitim. „Das ist freiheitliche Gesellschaft.“ Rassismus, Antisemitismus und Gewalt seien mit dieser Freiheit aber nicht vereinbar. „Gewalt ist kein Mittel, um politische Entscheidungen herbeizuführen, Selbstjustiz kein Ersatz für das rechtsstaatliche Verfahren.“ Wer auf Nazisymbole, Hitlergruß, menschenverachtende Rufe oder Übergriffe auf Leben und Eigentum anderer mit Verständnis oder Verharmlosung reagiere,

„der beabsichtigt, den demokratischen Grundkonsens zu verschieben. Das dürfen wir nicht zulassen.“ Er forderte mehr Toleranz, Respekt und Offenheit. „Das benötigt einen Standpunkt, der nicht pauschalisiert, der Aufgeregtheit und Skandalisierung der öffentlichen Debatten nicht mitträgt, der einer Dynamik der sozialen Medien nicht nacheifert. Einen Standpunkt, der bei Fehlern und Problemen im Kleinen nicht immer sofort das Große infrage stellt, denn nicht alles ist schwarz oder weiß, ja oder nein, hopp oder top, links oder rechts, Steinerwerfer oder Nazi.“ Pauschalisierungen hingegen förderten nur die Spaltung und griffen den Rechtsstaat an. „Das darf nicht unser Weg sein.“

Nikolaus Kramer, Fraktionschef der AfD, verwehrte sich dagegen, seine Fraktion oder Partei mit Rechtsextremisten „in einen Topf“ zu werfen. Diesen Vorwurf könne er nicht auf sich sitzen lassen. „Sie versuchen erneut, die AfD und die hier anwesende Fraktion mit aller Gewalt in eine Ecke zu stellen, in der sie nicht steht.“ Seine Fraktion distanzieren sich „ohne Wenn und Aber“ von Straftaten jeglicher Form. „Den Tod eines Menschen zu nutzen, um durch die Straßen zu ziehen und anderen Menschen Gewalt anzudrohen, lehnen wir kategorisch ab.“ Er warf den anderen Fraktionen vor, sich gegen Ausgrenzung zu wenden, diese im Umgang mit der AfD aber selbst „ganz unverhohlen“ zu betreiben. „Zum Beispiel, indem die Ministerpräsidentin immer wieder von demokratischen Fraktionen spricht und damit meiner Fraktion automatisch unterstellt, wir seien undemokratisch.“ Seine Fraktion sei mit denselben demokratischen Mitteln gewählt worden wie alle anderen Abgeordneten auch. Dass sich unter Demonstrationen der AfD auch Rechtsradikale oder NPD-Mitglieder mischen, lasse sich nicht per se verhindern. „Ich kenne nicht jeden Rechtsradikalen oder jedes NPD-Mitglied.“ Kramer hielt

den Abgeordneten vor, „sich moralisch zu überhöhen“ und dabei die Ursachen der Trauermärsche und Ausschreitungen – „Ihren Kontrollverlust und das daraus resultierende Systemversagen“ – aus den Augen zu verlieren. „Solange Sie solche Anträge einbringen, nur, um sich für einen kurzen Moment wohlzufühlen und sich in Ihrer moralischen Überhöhung zu sonnen, solange werden Sie in diesem Land nichts ändern, meine Damen und Herren.“

„Wer eine Demonstration, aus der heraus der Hitlergruß gezeigt wird, die Schulter an Schulter mit NPD-Nazis und gewaltbereiten Hooligans stattfindet, aus der heraus im Anschluss Menschen gejagt werden, weil sie nicht deutsch aussehen – wer dies wie der Vorsitzende der AfD in Mecklenburg-Vorpommern eine ‚würdige Kundgebung‘ nennt, hat entweder nicht mehr alle Tassen im Schrank oder ist im Bereich des Rechtsextremismus angekommen“, entgegnete SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. „Sie biedern sich dem Rechtsextremismus an. Nichts Anderes tun Sie!“ Die AfD geriere sich stets als Opfer. „Sie sind aber nicht Opfer, Sie sind Täter. Sie sind Täter mit Worten!“ In einer Demokratie habe jeder das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Auch und gerade dann, wenn sie im Widerspruch zur jeweils herrschenden politischen Meinung stehe. „Das, was wir in Chemnitz erlebt haben, war aber keine freie Meinungsäußerung. Das war kriminell.“ Bei allem Verständnis für das Entsetzen und die Wut über den Tod des jungen Mannes: „Für jedes demokratische Engagement muss es eine absolute, niemals zu überschreitende Grenze geben: Das ist die Grenze von Gewalt, Rassismus und Menschenverachtung.“ Deutliche Kritik übte Krüger auch an Hans-Georg Maaßen, der als damaliger Verfassungsschutzchef Hetz-

Die Herkunft sagt
nichts über
den Charakter
aus.

Hass muss raus aus
den Herzen,
Rassismus raus aus
den Köpfen.

Trennt den Müll
nicht die
Gesellschaft!
#JugendbesetztLandtag

Botschaften, die die Jugendlichen vom Workshop „Kreativer Protest“ bei Jugend im Landtag 2018 im Schloss verteilt haben.

jagden in Chemnitz in Zweifel gezogen hatte. Wer nicht wahrhaben wolle, was Journalisten und Augenzeugen übereinstimmend berichtet hätten, „der verharmlost die Gefahr eines immer weiter um sich greifenden Rechtsextremismus und macht sich am Ende, gewollt oder ungewollt, zum Steigbügelhalter einer Partei wie der AfD, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen will“.

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht, ich kann nicht mehr die Augen schließen, und meine heißen Tränen fließen“, zitierte **Peter Ritter** (DIE LINKE) aus dem Gedicht „Nachtgedanken“ von Heinrich Heine. „Diese Strophe ist für mich aktueller denn je.“ Nicht Migration, sondern Ungerechtigkeit, Krieg und Rassismus seien „die Mutter alle Probleme“. Er sei entsetzt über die Ereignisse nach dem Verbrechen in Chemnitz. „Statt einer würdevollen Trauer mussten wir mit ansehen, dass der Tod eines Menschen für eine gefährliche und menschenverachtende Hetze instrumentalisiert wurde.“ Ausgelöst durch den Umstand, dass die Tatverdächtigen Asylbewerber

seien. „Selbstverständlich muss die Täter die Härte des Gesetzes treffen. Das ist aber Angelegenheit der unabhängigen Justiz.“ Die Tat zu nutzen, um unter dem Deckmantel der Trauer gegen Ausländer zu hetzen, sei für ihn absolut indiskutabel. Wer den Hitlergruß zeige, Polizisten und Journalisten attackiere, zu Gewalt und Hass aufstachele, die Geschehnisse begrüße, verharmlose oder toleriere, oder eben einfach nur mitlaufe, der trage zu noch mehr Hass, Gewalt und gesellschaftlicher Spaltung bei. „Und da sind Sie, werte Herren von der AfD, eben mittendrin.“ In Anlehnung an Heine könne er da nur konstatieren: „Denke ich an diese Herren in der Nacht, dass sie vielleicht eines Tages kommen an die Macht, dann soll heute niemand die Augen davor verschließen, dass nicht nur Tränen, auch Blut wird fließen.“ Und das gelte es, mit aller Macht zu verhindern.

*Dringlichkeitsantrag
SPD, CDU, DIE LINKE, BMV
Drucksache 7/2616
Dringlichkeitsantrag AfD
Drucksache 7/2617*

Persönliche Bemerkungen

Am Ende der Debatte gaben 12 AfD-Abgeordnete nacheinander eine persönliche Bemerkung gemäß § 88 der Geschäftsordnung des Landtages ab. Sie wiesen zurück, rassistisch, fremdenfeindlich oder Täter zu sein, sich mit Rechtsextremismus gemein zu machen oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen zu wollen. Horst Förster, der als erster aufgerufen wurde, zeigte sich überrascht von dem Erklärungsvorhaben seiner Kollegen und stellte klar, dass er keine persönliche Bemerkung abgeben möchte, weil er sich von niemandem eine rechtsextremistische Gesinnung einreden lasse.

Mit persönlichen Bemerkungen dürfen Abgeordnete Äußerungen, die während der Debatte in Bezug auf ihre Person gefallen sind, zurückweisen oder eigene Ausführungen richtigstellen.

Zehn Jahre „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“

Die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“, die von zahlreichen Vereinen, Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wird, feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass fand am 27. September in Güstrow ein Fachtag zum Austausch, zur Vernetzung und Multiplikation statt. „WIR“ war im April 2008 auf Initiative der Vereinigung der Unternehmensverbände, des DGB, der evangelischen und katholischen Kirche sowie der Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider – stellvertretend für alle demokratischen Fraktionen im Landtag – ins Leben gerufen worden. Inzwischen wird die Initiative und die darin verkörperte Idee eines friedvollen Miteinanders durch mehr als 1.700 Menschen und Vereine, Verbände, Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, durch Kammern, Kultur, Medien, Sport, Schulen und Hochschulen, durch die Verwaltung, das Parlament und politische Parteien unterstützt. Allerdings sei das Jubiläum nicht nur ein



Der Erlös aus dem „Verkauf“ von Demokratie-Aktien kommt Projekten für Demokratie und Toleranz im Land zugute.

Grund zum Feiern, eher ein Grund zum kurzen Innehalten, sagte Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp zum Auftakt des Fachtages und erklärte: „Leider muss ich feststellen, dass der WIR-Gründungsaufruf aus dem Jahre 2008 nichts an Aktualität eingebüßt hat.“ Nicht zuletzt die

Ereignisse der vergangenen Wochen verdeutlichten, dass das Engagement von „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ heute wichtiger sei denn je. „Gegen Extremismus und für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde einzustehen, das ist weiterhin unsere gemeinsame Aufgabe.“

Foto: Jens Büttner

Mehr Aufgaben, neuer Name

Ergebnis der Jahresberichte: Stasi-Unterlagenbehörde soll umbenannt werden

■ Fast 29 Jahre nach dem Ende der DDR arbeiten nach wie vor Tausende Menschen ihr persönliches oder familiäres Schicksal auf. Im vergangenen Jahr wandten sich in Mecklenburg-Vorpommern 1.059 Menschen an die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Um Akten einzusehen. Sich in Rehabilitierungsverfahren beraten zu lassen. Zu klären, warum sie ins Kinderheim gekommen oder Opfer von Zwangsdropping geworden sind. Ein Aufgabenspektrum, das seit Gründung der Behörde im Jahr 1993 immer umfangreicher geworden ist. Um dieser Entwicklung deutlicher Rechnung zu tragen, empfiehlt der Rechtsausschuss, die Behörde in „Die oder der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur“ umzubenennen. Bevor eine Namensänderung in Kraft treten kann, muss eine entsprechende Gesetzesänderung in den Landtag eingebracht und beschlossen werden.

Der Rechtsausschuss habe sich in fünf Sitzungen umfassend mit den Jahresberichten für 2016 und 2017 auseinandergesetzt, sagte Ausschussvorsitzender **Philipp da Cunha**. Dabei sei deutlich geworden, wie sehr die heutige Zuständigkeit über die ursprünglich gewählte Bezeichnung „Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ hinausgehe. Im Ergebnis der Beratungen hätten alle Fraktionen den Wunsch der Landesbeauftragten geteilt, die Vielfalt der Zuständigkeit auch stärker im Behördennamen abzubilden. „Politisch umstritten war allerdings, welche Bezeichnung wir vorschlagen sollten.“ Die Fraktion DIE LINKE sei für „Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern zur



Foto: Uwe Sinnecker

Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke gratuliert Anne Drescher zu ihrer Wiederwahl als Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen am 27. Juni 2018.

Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ gewesen. Die BMV-Fraktion habe zudem eine zusätzliche Stelle für die Behörde gefordert. „Beide Anträge wurden im Ausschuss von der Mehrheit abgelehnt.“

„Mehr als 25.000 Bürger haben seit Bestehen der Behörde um Beratung, Unterstützung und Begleitung gebeten“, hob **Sebastian Ehlers** (CDU) hervor. Eine Aufarbeitung, die auch 29 Jahre nach der friedlichen Revolution nicht abgeschlossen sei. „Jetzt kommt die Kinder- und Enkelgeneration, die auch Fragen stellt.“ Ähnlich wie bei der Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte. „Deswegen ist es wichtig, dass wir die Landesbeauftragte weiter stärken.“ Der vorgeschlagene Behördentitel sei mit Bedacht gewählt worden und „vernünftig“. Wer wie DIE LINKE ein Gleichheitszeichen zwischen SED, Blockparteien und Massenorganisationen setzen wolle, der verkenne die historische Realität.

Von Gleichsetzung könne keine Rede sein, widersprach **Peter Ritter** (DIE LINKE). Seiner Fraktion gehe es um eine umfassende Aufklärung der DDR-Geschichte. Niemand bestreite, dass die führende Rolle der SED in der Verfassung festgeschrieben gewesen sei. „Das Leben in der DDR ist aber mehr als SED-Diktatur.“ Seine Erfahrung aus Diskussionsrunden zeige, dass es ein großes Interesse am Wirken der Parteien und Massenorganisationen der einstigen Nationalen Front gebe. Dann müsste man sich zum Beispiel auch da-

mit beschäftigen, was es mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands auf sich hatte, die die CDU 1990 „einfach mal so“ übernommen habe. „Aber darüber redet man natürlich ungern.“

Die beiden Jahresberichte der Landesbeauftragten machten deutlich, wie sehr sich ihre Aufgaben und Schwerpunkte im Laufe der Zeit verändert hätten, führte **Dirk Friedriszik** (SPD) an. Aus den Berichten gehe „eindrucksvoll“ hervor, wie wichtig eine persönliche Beratung für Betroffene sei. Und welcher Stellenwert dem Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“, der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ sowie der Anlaufstelle für zwangsgedopte DDR-Sportler zukäme. Wie alle anderen Redner dankte auch er der Landesbeauftragten Anne Drescher ausdrücklich für ihre Arbeit. „Wie sehr ihre verantwortungsvolle Tätigkeit geschätzt wird, macht auch das eindrucksvolle Ergebnis deutlich, mit dem Frau Drescher im Juni vom Landtag in ihrem Amt bestätigt wurde.“

AfD und BMV hatten keine Redner in die Debatte geschickt.

Unterrichtung der Landesbeauftragten zum Jahresbericht 2016

Drucksache 7/212

Unterrichtung der Landesbeauftragten zum Jahresbericht 2017

Drucksache 7/1716

Beschlussempfehlung Rechtsausschuss Drucksache 7/2603



Seit 2014 lockt das Land mit der Verbeamtung, um Lehramtsstudenten zu motivieren, ihren Schuldienst in M-V zu starten.

Foto: Jens Büttner

Seiteneinsteiger als Lehrer

Land führt Kompaktkurs ein / Forderungen nach längerer Grundqualifizierung abgelehnt

■ **Ausgebildete Lehrer sind gefragt. Und rar. Um den Schulbetrieb am Laufen zu halten, stellt Mecklenburg-Vorpommern – wie viele andere Bundesländer – seit mehreren Jahren auch Seiteneinsteiger ein. Also Lehrkräfte, die eine fachliche Qualifikation, aber keine klassische pädagogische Ausbildung haben. Von den bislang 674 Stellen, die in diesem Schuljahr neu besetzt wurden, betraf das 213. Um die Seiteneinsteiger auf grundlegende pädagogische Aufgaben vorzubereiten, hat das Land erstmals einen dreiwöchigen Kompaktkurs ins Leben gerufen. Der BMV geht das nicht weit genug. Sie forderte, Seiteneinsteiger vor Arbeitsantritt drei Monate lang zu qualifizieren und anschließend 24 Monate berufsbegleitend weiter zu schulen. DIE LINKE plädierte im Anschluss an die drei Monate für ein 18-monatiges Referendariat. SPD und CDU lehnten beide Anträge ohne Überweisung in die Ausschüsse ab.**

Mit einem „großen Lehrermangel vor der Brust“ werde das Land auch künftig nicht ohne Seiteneinsteiger auskom-

men. „Deshalb müssen wir sicherstellen, dass sie vernünftig qualifiziert werden“, begründete Fraktionschef **Bernhard Wildt** den Antrag der BMV. Die bisherigen Maßnahmen seien weder „durchgängig“ noch „verpflichtend“ genug, noch könnten sie Lehramtsstudenten vermitteln, „warum sie den langen Weg von Studium und Referendariat gehen sollen, wenn es einen ganz anderen Weg gibt“. Es würde sich ja auch niemand von „Blitzärzten“ operieren lassen. Mit dem Vorschlag, Seiteneinsteiger drei Monate intensiv zu schulen und weitere 24 Monate zu begleiten, vereine seine Fraktion zwei Ansätze der Länder Brandenburg und Schleswig-Holstein. „Ich bitte sehr darum, dass wir im Ausschuss darüber reden.“

„Wir qualifizieren diejenigen, die wir brauchen, mitnichten nur im Crash-Verfahren“, widersprach Bildungsministerin **Birgit Hesse**. „Der Kompaktkurs gibt das erste Rüstzeug.“ Danach folge eine einjährige berufsbegleitende pädagogische Qualifizierung. Wer dann unbefristet weiterbeschäftigt werde, verpflichte sich noch zu weiteren Schulungen. „Diese dauern in der Regel drei Jahre.“ Sie betonte, dass Seiteneinsteiger zum Großteil ein Hochschulstudium absolviert hätten und natürlich etwas von ihrem Fach verstünden. „Mit ihrem Praxisbezug und ihrer Erfahrung außerhalb von Schule können sie eine echte Bereicherung sein.“ Seiteneinsteigern ein Referendariat aufzuerlegen, lehnte sie ab. „Dann wird es schwer sein, noch jemanden zu gewinnen.“ Die Ministe-

rin regte an, den neuen Kompaktkurs nun erst einmal wirken zu lassen. „Dann kann man nach einer gewissen Zeit auch noch mal einen Cut machen.“

„Die Thematik der Seiteneinsteiger ist keineswegs unumstritten“, führte **Jörg Kröger** (AfD) an. Die Reaktionen reichten von „sehr guten Erfahrungen“ bis zu „heftiger Kritik“. Seiteneinsteiger vor dem ersten Schultag drei Monate lang zu qualifizieren, würde ihnen nicht nur mehr Sicherheit im Umgang mit Schülern geben. „Das würde auch Eltern berechnete Sorgen nehmen, ihre Kinder würden nicht professionell beschult. Vor allem aber würde das der Zukunft unserer Kinder dienen“, betonte Kröger, der auch Vorsitzender des Bildungsausschusses ist. Eine dreiwöchige „Schnellschulung“ greife viel zu kurz, um Kenntnisse über Schulrecht, Rahmenlehrpläne oder Prinzipien bei der Leistungsbewertung zu vermitteln. Solch einen „Wurf ins kalte Wasser“ könne seine Fraktion nicht tolerieren. Vor allem nicht, wenn aus der „Notlösung“, Seiteneinsteiger einzustellen, den Prognosen nach eine unabdingbare „Notwendigkeit“ werde.

Die BMV tue geradezu so, als würden Seiteneinsteiger „ohne jegliche Qualifikation auf Schulkinder losgelassen“, monierte **Franz-Robert Liskow** (CDU). Das rücke die Qualität dieser Lehrkräfte in ein völlig falsches Licht. „Für unser Land ist es ein großes Glück, dass so viele Menschen die Möglichkeit für einen Seiteneinstieg nutzen.“ Natürlich könne eine längere Vorbereitungszeit „nicht von Nachteil“

sein. Die Unterrichtsrealität zeige sich mit all ihren Herausforderungen jedoch erst in der Praxis. „Daher sind wir nach wie vor der Überzeugung, dass die unterrichtsbegleitende Qualifizierung der richtige Weg ist.“ Seine Fraktion gehe davon aus, dass das Bildungsministerium die Erfahrungen regelmäßig evaluieren und daraus Schlussfolgerungen für Verbesserungen ziehen werde. „Wir lehnen daher den Antrag ab.“

Simone Oldenburg, Fraktionschefin DIE LINKE, sprach von einer „Schmalspurausbildung“, die ein völlig falsches Bild vom Lehrerberuf vermittele. „Jeder Lehramtsstudent, jeder ausgebildete Lehrer muss sich doch vorgeführt vorkommen.“ Angesichts der hohen Verantwortung, die Lehrer tragen, könne es doch nicht zu viel verlangt sein, Seiteneinsteiger wie Referendare auszubilden. Wer meine, das verkompliziere den Seiteneinstieg, der könne auch das Referendariat für Lehramtsstudenten abschaffen. „Das wäre die Logik, wenn man die von Frau Hesse zu Ende denkt.“ Die Qualifizierung nun mit einem „Crash-Kurs“ zu beginnen, sei das eine. Dafür aber nicht die Ferien, sondern die ersten drei Schulwochen zu nutzen, nicht nachvollziehbar. „Wer sich das ausgedacht hat, der weiß offenbar nicht, was in den ersten drei Schulwochen an einer Schule passiert“, sagte Oldenburg, selbst viele Jahre Leiterin einer Regionalen Schule.

Dass nicht alle der rund 600 freien Stellen mit ausgebildeten Lehrern besetzt werden konnten, liege nicht an der Untätigkeit der Landesregierung, unterstrich **Andreas Butzki** (SPD), ebenfalls langjähriger Schulleiter. „Wir haben die Anzahl der Studienplätze wesentlich erhöht. Aber was soll die Landesregierung machen, wenn kein einziger Student zur Verfügung steht, der MINT-Fächer studiert?“ Dann müsse auf Seiteneinsteiger zurückgegriffen werden. „Dabei legen wir auf eine richtige Fort- und Weiterbildung größten Wert.“ Deshalb verlange seine Fraktion zunächst auch eine Evaluierung der bestehenden Qualifizierungen. „Unser Vorschlag ist: Im Januar oder Februar erst mal evaluieren, dann diskutieren.“ Auch darüber, wie ausländische Abschlüsse besser anerkannt werden können. „Das ist nämlich auch ein Riesensproblem.“

Weitere Schulthemen auf der Tagesordnung

Weitere Schulthemen auf der Tagesordnung

in den September-Plenarsitzungen beschäftigten sich die Landtagsabgeordneten auf Initiative der Oppositionsfraktionen mit drei weiteren Schulthemen. Die beiden Anträge und der Gesetzentwurf wurden abgelehnt.

Fahrkosten für Schüler

Kinder, die eine örtlich nicht zuständige Schule besuchen, müssen die Fahrkosten dafür vorerst auch weiterhin gegebenenfalls selbst bezahlen. Die BMV wollte im Schulgesetz klargestellt wissen, dass sich die Schülerbeförderung nicht nur auf Schulbusse beziehe, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr einschließe. SPD und CDU lehnten den Gesetzentwurf ab. Sie verwiesen darauf, dass die Koalition bereits an einer Novelle des Schulgesetzes zum Schuljahr 2019/2020 arbeite und darin auch dieser Punkt berücksichtigt werde. DIE LINKE stimmte dem Vorschlag ebenfalls nicht zu.

Gesetzentwurf BMV 7/2247

Gehälter für Grundschullehrer

Das Land wird ausgebildete Grundschullehrer vorerst nicht in eine höhere Gehaltsstufe eingruppieren. „Ich sehe es sehr wohl auch als gerechtfertigt an, ihnen eine A13 bzw. E13 zu gewähren“, sagte Bildungsministerin Birgit Hesse. Entsprechende Forderungen der Linksfraktion seien mit dem bereits beschlossenen Doppelhaushalt 2018/2019 aber schlichtweg nicht finanzierbar. Die Ministerin sprach von Mehrkosten in Höhe von 20 Millionen Euro. DIE LINKE hatte gefordert, ausgebildete Grundschullehrer wie Lehrkräfte an Regionalen Schulen, Gymnasien, Sonder- oder Berufsschulen zu vergüten. Dies sei nicht zuletzt auch mit Blick

auf die Seiteneinsteiger angebracht, die ohne Lehramtsstudium arbeiten und nach ihrer Anerkennung genauso vergütet würden, wie Kollegen mit einem neunsemestrigen Studium, argumentierte Fraktionschefin Simone Oldenburg.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/2571

Sportunterricht

Die AfD hat für alle Schulen in Mecklenburg-Vorpommern von der 1. bis zur 12. Klasse eine dritte Sportstunde gefordert. „Im Durchschnitt waren über zwölf Prozent der untersuchten Erstklässler des Schuljahres 2015/2016 bereits bei der Einschulung mit Übergewicht auffällig“, begründete Thomas de Jesus Fernandes den Antrag seiner Fraktion. Dieses „Alarmsignal“ dürfe die Politik nicht ignorieren. Bildungsministerin Birgit Hesse plädierte zwar auch für mehr Bewegung an Schulen, „aber unabhängig von einem verpflichtenden Sportunterricht“. Ihrer Meinung nach bieten Ganztagschulen genügend Gelegenheit, Bewegungsangebote in den Schulalltag zu integrieren. Bei einer dritten Sportstunde für alle Klassen würde man zudem mehr als 100 zusätzliche Lehrer benötigen, so Hesse. „Wo wollen Sie die hernehmen?“ DIE LINKE erinnerte daran, dass in den Klassen 1 bis 6 bereits drei Sportstunden auf dem Stundenplan stehen. Der Landtag lehnte den Antrag mit breiter Mehrheit ab.

Antrag AfD Drucksache 7/2557

In der Sache einig – „aber wenn’s zum Schwur kommt, dann sind die einen noch nicht so weit wie die anderen“, resümierte **Bernhard Wildt** (BMV) die Debatte. Er begrüßte den Vorschlag der SPD und schloss nicht aus, dass es am Ende einen neuen, „vielleicht sogar gemeinsamen Antrag“ geben könnte. „Das Entscheidende ist, dass wir in der Vorbereitung des nächsten Schuljahres eine verbesserte Lösung haben.“ Zum

Änderungsantrag der Linken sagte er: „Mir bricht kein Zacken aus der Krone, zu sagen, dass der sogar noch besser ist als unserer.“ Die Frage sei nur, wie teuer das würde. „Sobald wir uns das leisten können, bin ich da auch herzlich mit einverstanden.“

Antrag BMV Drucksache 7/2563

Änderungsantrag DIE LINKE 7/2614



Nach Information der Landesregierung liegen die Ernteausfälle infolge der extremen Trockenheit in diesem Jahr zwischen 490 und 531 Millionen Euro.

Foto: Jens Büttner

Weg frei für Dürrehilfen

Land und Bund stellen insgesamt 50 Millionen Euro bereit / Landtag debattierte über Konsequenzen des Klimawandels

■ Was für ein Sommer! In Mecklenburg-Vorpommern war es in diesem Jahr so heiß wie seit 137 Jahren nicht. Was Ferienkinder und Urlauber freute, brachte viele Landwirte in Bedrängnis. Ernte vertrocknete, Felder brannten, Futtermittel für Tiere wurde knapp. Prognostizierter Schaden im Land 531 Millionen Euro. Aufgrund der bundesweit prekären Lage rief die Bundesregierung den nationalen Notstand aus. Im Ergebnis stehen für besonders betroffene Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern Bundesländer-Nothilfen von insgesamt 50 Millionen Euro bereit. Extreme Wetterlagen: Sie werden kein Einzelfall bleiben. Da sind sich alle Fraktionen einig. Auf Initiative der SPD blickten sie in einer Aussprache auf die Konsequenzen für die Landwirtschaft und ländlichen Räume.

Gras, das nur einmal gemäht werden konnte. Weizenähren, die nicht einmal bis auf Kniehöhe wuchsen – Der diesjährige Sommer habe viele Besonderheiten mit sich gebracht, resümierte **Elisabeth Aßmann** (SPD). In manchen Landwirtschaftsbetrieben seien die Erträge bei Stroh und Getreide um mehr als 60 Prozent gesunken. Neben Hilfen für betroffene Landwirte seien deshalb auch Konsequenzen für die Zukunft gefragt, um unabwendbaren Klimaveränderungen standzuhalten. Wer als Kommune, Land und Volkswirtschaft keine Lösungen entwickle, handele „grob fahrlässig“. Sorten durch Züchtungen weiterzuentwickeln und Risiken breit zu streuen, spielten dabei ebenso eine Rolle wie Bewässerungssysteme und technische Lösungen. „Forschung und Entwicklung müssen von der Branche vorangetrieben und von der Politik flankiert werden.“ Gehandelt werden müsse auch in Bezug auf Hitzekonzepte, Küstenentwicklung und Brandschutzbedarfsplanung. „Intensivere Sommer und mehr Trockenheit, gepaart mit nassen Wintern und Starkregenereignissen, werden unsere Wehren in Zukunft anders fordern als bisher.“

„Mecklenburg-Vorpommern fährt im dritten Jahr nacheinander eine deutlich geringere Ernte ein“, betonte Landwirt-

schaftsminister **Dr. Till Backhaus**. „Wir haben Erträge, die teilweise zwischen 30 und 60 Prozent unter dem fünfjährigen Durchschnittswert liegen.“ Das sei selbst für Unternehmen, die ausreichend für schlechte Zeiten vorgesorgt hätten, kaum zu verkraften. „Hier setzt die Verantwortung des Staates an.“ In der Konsequenz hätten Bund und Land für M-V jeweils 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. „Ab Anfang Oktober können Landwirte ihre Anträge auf Schadenshilfe stellen.“ Die Abschlagszahlung betrage 70 Prozent des ermittelten Schadens und werde „schnellstmöglich“ ausgezahlt. Der Minister machte aber auch deutlich, dass die Nothilfe nicht nach dem Gießkannenprinzip gewährt werden könne. „Es geht um Betriebe, die in Existenznot sind.“ Gleichwohl müsse sich die Landwirtschaft verstärkt auf Wetterunbilden einstellen. Zum Beispiel mit einer breiteren Produktpalette oder besserer Produktionstechnik. Zudem sieht er die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU in der Pflicht, Risikoinstrumente zu installieren. „Dabei sollte auch die Idee der ökologischen Direktzahlung nicht einfach vom Tisch gewischt werden.“

Jürgen Stroschein (AfD) kritisierte, dass die Latte für die Nothilfen viel zu hoch liege. Um Anspruch darauf zu

haben, müsse das Defizit 30 Prozent unter dem Schnitt der vergangenen fünf Jahre liegen. „Da die Ernten 2016 und 2017 schon sehr schlecht waren, drückt das die Durchschnittsberechnung.“ Dass Landwirte ihre Bedürftigkeit nachweisen sollen, bezeichnete er als „vollkommen überflüssig“. Der damit verbundene Bürokratieaufwand sei viel zu hoch. Er hätte erwartet, dass der Minister auch einen Überblick darüber gibt, wie hoch die Vorräte an Silomais und Grassilage sind und ob sie für die Milchwirtschaft ausreichen. „Wenn so eine Bestandsaufnahme vorliegen würde, könnte man auch abschätzen, ob wir einige Biogasanlagen, die ja nur mit Mais- und Grassilage gefüttert werden, abschalten müssen.“ Um die finanziellen Risiken von Ernteausfällen zu minimieren, plädierte er dafür, Landwirten steuerfreie Rücklagen zu ermöglichen. „Das ist der einfachste Weg.“ Wer schnelle Züchterfolge für Klimawandel-resistente Nutzpflanzen verlange, dürfe sich auch der „Genschiene“ nicht verschließen. Andernfalls befinde man sich „auf dem besten Weg, ein Entwicklungsland zu werden“.

Die Dürre gefährdet nach Aussage von **Holger Kliewe** (CDU) zehn bis 20 Prozent der Unternehmen im Land in ihrer Existenz. Jetzt komme es darauf an, zügig zu helfen. „Bürokratische Aspekte müssen hierbei in den Hintergrund treten und gegebenenfalls nach Ausgabe der Mittel geprüft und abgewickelt werden.“ Langfristig bräuchten Landwirte indes mehr Hilfe zur Selbsthilfe, um sich besser auf Extremwetterlagen einzustellen, zum Beispiel durch steuerliche Maßnahmen oder Gefahrenversiche-

rungen. „Gleichzeitig gilt es aber auch, im Bereich der Forschung und Zucht entsprechende Maßnahmen einzuleiten.“ Dabei dürfe auch das Gentechnikrecht nicht außen vor bleiben. Die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, die Züchtungsmethoden der sogenannten Genschere mit Gentechnik gleichzusetzen, sei enttäuschend. „Diese Entscheidung verbaut die Möglichkeiten, mithilfe der Pflanzenzüchtung den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.“ Abschließend führte er an, dass es durchaus auch Krisengewinner gebe. Zum Beispiel jene Landwirte, die aufgrund der Knappheit ihr Getreide, Stroh und Futter zu höheren Preisen verkaufen konnten.

„Meine Fraktion steht ohne Wenn und Aber zu den Hilfen“, sagte **Dr. Wolfgang Weiß** (DIE LINKE). „Wir können uns an der Stelle sogar mehr vorstellen.“ Statt Pachtstundungen zum Beispiel einen einjährigen Pachtverzicht für in Not geratene Betriebe. Er lobte die Solidarität der Landwirte untereinander, die sich vielfach mit Futter ausgeholfen oder ungenutzte Flächen anderen für Zwischenfrüchte überlassen hätten. Kein Verständnis zeigte er für die „irrsinnigen Forderungen“ des Deutschen Bauernverbandes nach öffentlichen Geldern. Das habe viele Menschen vor den Kopf gestoßen. „Eigene Vorschläge zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft und zur Anpassung an den Klimawandel wären da wesentlich besser gewesen.“ Weiß warnte davor, zu vergessen, welch' Rückgrat landwirtschaftliche Betriebe im ländlichen Raum bildeten. „Es muss der Bevölke-



Die Ernteausfälle infolge des Hitzesommers wirken sich auch auf den Futtermarkt aus.

Foto: Jens Büttner

rung deutlicher bewusst werden, dass wir ohne Zutun der Landwirte keine gesunden Lebensmittel erzeugen und vielfach die Kulturlandschaft nicht mehr erhalten könnten.“ Die Folge wäre ein von wenigen Großkonzernen gemachter Landbau. „Ein Strukturwandel, den wir hoffentlich alle nicht wollen.“

Ralf Borschke (BMV) bezeichnete die Summen, die der Bund bereitstellt, als „Tropfen auf den heißen Stein“. Gerade viehhaltende Betriebe bräuchten jetzt besondere Unterstützung, damit fehlendes Winterfutter nicht zu einem notgedrungenen Abbau der Tierbestände und in der Folge zu Arbeitsplatzverlusten führe. „Hinzu kommt, dass Landwirte mit Viehhaltung in unmittelbare Konkurrenz zu Biogasanlagen geraten. Auch eine Folge einer verfehlten Energiepolitik.“ Er kritisierte, dass die Grünen im Bund die Wetterereignisse „für eine sogenannte Agrarwende missbrauchen“. Im gleichen Atemzug auch noch den Landwirten eine Mitschuld an den Ernteverlusten zu geben, „das ist an Frechheit nicht zu überbieten“. Dürren werde es auch in Zukunft immer wieder geben. Entscheidend werde sein, wie sich die Gesellschaft auf die Klimaveränderung vorbereite. „Wir müssen verhindern, dass unsere Landwirtschaft in eine Zeit zurückversetzt wird, in der jede kleine Wetterschwankung erhebliche Auswirkungen auf unser Dasein hat.“

Keine steuerfreien Rücklagen

Die AfD und DIE LINKE sind mit Forderungen nach einer steuerfreien Rücklage für Landwirte gescheitert. Beide Anträge zielten darauf ab, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Landwirte Geld für schlechte Zeiten zurücklegen können, ohne dafür Steuern zahlen zu müssen. „Die steuerfreie Rücklage ist in Deutschland nicht umsetzbar“, sagt Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus. Hier fehle es an politischen Mehrheiten im Bundestag.

„Deswegen brauchen wir Alternativen.“ Und an denen werde in der Agrarministerkonferenz bereits intensiv gearbeitet. Dabei gehe es auch um Zuschüsse und Versicherungsmodelle. Die CDU warb für eine Mehrfachgefahrenversicherung und kündigte für eine der kommenden Sitzungen einen eigenen, weitergehenden Antrag an.

Antrag AfD Drucksache 7/2560

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/2569

Landtag ringt um Volksbefragungen

Koalition plant mehr Mitbestimmung für Bürger / Opposition verlangt mehr Einfluss bei Themenwahl

Foto: Jens Büttner



Eine Volksabstimmung stoppte 2015 in Hamburg die Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2024.

Die Pläne der Koalitionsfraktionen, Volksbefragungen einzuführen, haben für einen hitzigen Schlagabtausch im Landtag gesorgt. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Bevölkerung bei landesweit bedeutsamen Themen nach ihrer Meinung zu fragen. Worüber abgestimmt wird, sollen Landesregierung und Landtag festlegen. Werden bei der Befragung die nötigen Quoren erfüllt, muss die Landesregierung den Vorschlag umsetzen. Das letzte Wort hat dann der Landtag. Um Volksbefragungen einzuführen, bedarf es einer Änderung der Landesverfassung. Dafür braucht die Koalition eine Zweidrittelmehrheit im Landtag – und damit auch Stimmen aus der Opposition. Die befürchtet jedoch zu wenig Einfluss auf die Themenwahl und fordert Änderungen am Gesetzentwurf. Dieser wurde nach der Ersten Lesung einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen und die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu mehr Mitbestimmung einladen“, erläuterte SPD-Fraktionschef

Thomas Krüger das Anliegen des Gesetzentwurfs. „Der Respekt vor den Menschen in unserem Land“ verlange, aus dem Ergebnis der letzten Wahl, insbesondere den Stimmen für „radikale Kräfte“, Schlüsse zu ziehen. „Uns ist klar, dass wir diesen Vertrauensverlust nur aufheben können, indem wir mehr zuhören, mit den Menschen mehr reden und ihnen die Möglichkeit geben, auch mitzuzentscheiden.“ Genau diese Möglichkeit solle mit der qualifizierten Volksbefragung geschaffen werden. Die vorgeschlagenen Regelungen ermöglichen dabei nicht nur Ja- oder Nein-Abstimmungen. Denkbar wäre auch, zwei alternative Lösungen zur Entscheidung vorzulegen, so Krüger. „Die Volksbefragung ist dann erfolgreich, wenn die Mehrheit zustimmt und diese Mehrheit mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten ausmacht.“ In dem Fall müsse die Landesregierung den Landtag binnen drei Monaten informieren, wie der Wille des Volkes umgesetzt werden soll. Die abschließende Entscheidung dazu treffe das Plenum. Als erstes solle die Bevölkerung zum Mindestwahlalter bei Landtagswahlen befragt

werden, kündigte Krüger an. „Ich lade den konstruktiven Teil der Opposition ausdrücklich ein, mit uns gemeinsam diese Erweiterung der Mitbestimmung zu diskutieren und die dann beste Variante zu verabschieden.“ Alles beim alten zu belassen, hielte er für ein „fatales Zeichen“.

Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitbestimmung, mehr Bürgernähe – „das haben wir uns gemeinsam als Große Koalition vorgenommen“, sagte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Diesem Ziel folgend, seien in der vergangenen Legislatur bereits die Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide gesenkt worden. „Wir wünschen uns aber, dass es zukünftig eine Möglichkeit gibt, Bürgerinnen und Bürger viel eher an politischen Entscheidungen zu beteiligen, sie noch mehr mitbestimmen zu lassen.“ Sie zeigte sich „zutiefst überzeugt“, dass qualifizierte Volksbefragungen dafür der richtige Baustein seien. Schwesig betonte, dass es dabei nicht einfach nur um eine Umfrage gehe. Bei entsprechenden Mehrheiten stehe am Ende ein ganz konkreter Handlungsauftrag für die Regierung. Dass das letzte Wort darüber dann der Landtag habe, bestärke die repräsentative Demokratie. „Ich finde, das ist eine sehr runde Sache, die unbedingt Unterstützung verdient.“ Mit Blick auf die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Plenum warb sie „ausdrücklich bei den konstruktiven demokratischen Kräften des Landtages, bei der Fraktion DIE LINKE und bei der BMV“ darum, gemeinsam den Weg für Volksbefragungen zu ebnen. „Jeder hat bestimmt gute Ideen, wie man das umsetzen kann.“ Am Ende gehe es darum, ein deutschlandweit gelobtes Instrument der Mitbestimmung den Menschen in M-V nicht vorzuenthalten. „Wir wünschen uns, dass wir mit der Kommunalwahl im nächsten

Jahr eine qualifizierte Volksbefragung zum Wahlalter 16 machen können.“

Katy Hoffmeister legte als Justizministerin den Fokus auf das Landesverfassungsgerichtsgesetz. Denn bei einer Einführung von Volksbefragungen wären auch hier Änderungen notwendig. Mit ihnen werde die Zuständigkeit des Gerichts festgeschrieben und geregelt, wann das Gericht im Streitfall angerufen werden könne. Dieser Gesetzentwurf wurde in der verbundenen Aussprache mitberaten. „Er stellt sicher, dass verfassungsrechtliche Streitigkeiten im Zusammenhang mit qualifizierten Volksbefragungen in einem geordneten Verfahren behandelt werden können. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung bei der Überweisung in die zuständigen Ausschüsse.“

Innenminister **Lorenz Caffier** nannte die repräsentative Demokratie „ein Erfolgsmodell“, das Deutschland Wohlstand, Wachstum und Sicherheit gebracht habe. „Aber auch ich sehe, dass es um die repräsentative Demokratie schon besser bestellt war.“ Medien wie „Facebook, Twitter und Co.“ erschwerten den Wettbewerb um die Meinungshoheit „ungemein“. „Kleinigkeiten werden aufgebauscht, Nebenschauplätze eröffnet, Fake News verbreitet, mit platten Parolen häufig die Stimmung vergiftet.“ Diesen Herausforderungen müsse sich die Politik stellen. „Wir alle tun gut daran, uns für unser politisches System einzusetzen, dafür zu werben und es gegen Angriffe zu verteidigen.“ Mit qualifizierten Volksbefragungen wolle die Koalition „genau in diesem Sinne neue Ak-

zente setzen“. Um eine Volksbefragung durchzuführen, müssten Landtag und Landesregierung übereinstimmend den Tag und den Wortlaut der Frage bestimmen, erklärte der Minister. Das Mindestalter für die Befragung könne je nach Thema variieren, die Befragung selbst auch ausschließlich als Briefwahl stattfinden. „Das würde den Aufwand erheblich reduzieren, sollte die Befragung nicht mit einer landesweiten Wahl zusammenfallen.“ Caffier zeigte sich überzeugt: Richtig ausgestaltet, könne ein plebiszitäres Element wie dieses das Vertrauen in die Demokratie stärken. Wer das Volk frage, müsse aber auch damit rechnen, dass die Ergebnisse nicht die eigene Überzeugung widerspiegeln. „Damit muss man dann auch umgehen.“

Prof. Dr. Ralph Weber (AfD) sprach von einer „Mogelpackung“. Weder habe das Volk die Möglichkeit, Themen für Volksbefragungen zu initiieren, noch die Opposition. „Wir vermissen Möglichkeiten einer qualifizierten Minderheit des Landtages, selbst Themen für eine qualifizierte Volksbefragung einbringen zu können.“ Nach jetzigem Stand könne die Landesregierung ganz allein bestimmen, wozu sie sich des Volkes Meinung einhole. Das sei weder direkte noch „richtig verstandene repräsentative“ Demokratie. „Was Sie mit Ihrer Verfassungsänderung wollen, ist die Durchsetzung einer Machtposition der Regierung und sonst gar nichts.“ Weber bedauerte, dass es in Deutschland „leider noch“ die repräsentative Demokratie gebe. „Wir wollen, dass das Volk gefragt wird und dass das Volk entscheidet.“ In der jetzt

vorliegenden Form lehne seine Fraktion die Verfassungsänderung daher ab. Ebenso inakzeptabel sei, dass die Ministerpräsidentin die AfD explizit aus dem Kreis der „konstruktiven demokratischen Kräfte“ ausschließe. „Ausgrenzungspolitik lehnen Sie sonst immer ab. Nur wenn es um die Ausgrenzung der AfD – und, was viel schlimmer ist, ihrer Wähler – geht, da sind Sie an vorderster Front dabei. Dafür sollten Sie sich schämen!“ Dieser „Schlag ins Gesicht“ der AfD-Wähler werde „wie ein Bumerang auf Sie zurückkommen“, so Weber.

Für DIE LINKE ist der Gesetzentwurf ebenfalls nicht tragbar. „Hier soll eine direkte Demokratie von oben installiert werden“, kritisierte Fraktionschefin **Simone Oldenburg**. Vorbei am Willen des Volkes und vorbei an der Opposition. Nur mit Themen, die der Koalition genehm seien. Ohne Einwirkungs- und Kontrollrechte der Opposition. „Der Gesetzentwurf sieht für uns die Zuschauerrolle vor. Aber da spielen wir nicht mit!“ Würde es SPD und CDU tatsächlich um mehr Mitbestimmung für die Bevölkerung gehen, hätte sie dafür schon längst bereits bestehende Instrumente nutzen können. In der rot-schwarzen Regierungszeit hätten die Bürger mit zwölf Volksinitiativen „an die Tür des Landtages geklopft“ – und seien in allen Fällen „abgeblitzt“. Daran zeige sich: Zu viel direkte Demokratie, die „am Lack der Regierung kratzt“, sei nicht gewollt. Deshalb nun eine „weichgespülte Beteiligung“, in der es der Koalition nicht darum gehe, die direkte Demokratie zu stärken, sondern koalitionsinterne Streitereien zu schlichten. „Zur Einführung des Wahlalters 16 gibt es in diesem Parlament seit vielen Jahren eine Mehrheit, allerdings ohne den Koalitionspartner CDU.“ Anstatt sich mit dem Koalitionspartner anzulegen, solle es nun das Volk richten. Eine Möglichkeit der direkten Beteiligung wäre jedoch auch, das Volk zu fragen, ob es überhaupt eine Verfassungsänderung und „übergestülpte Fragen“ wolle, so Oldenburg.

Nur Zuschauer? Von wegen, widersprach **Torsten Renz** (CDU). Wer behaupte, die Regierungskoalition wolle allein entscheiden, der verkenne die Rolle des Landtages. „Im Landtag wird debattiert, im Landtag wird entschie-

Ewigkeitsgarantie

Prof. Dr. Ralph Weber (AfD) hat mit seiner Aussage, dass Deutschland „leider noch“ die repräsentative Demokratie habe, für Irritationen unter den Abgeordneten gesorgt und eine Diskussion über die sogenannte Ewigkeitsklausel entfacht, mit der in Artikel 79, Abs. 3 des Grundgesetzes festgeschrieben ist, dass bestimmte Kerninhalte im Grundgesetz auch im Wege einer Verfassungsänderung nicht angetastet werden dürfen. Nach Aussage des Juraprofessors betreffe das nur Artikel 1, die Unantastbarkeit der Menschenwürde,

und die Abschaffung der Todesstrafe. „Die repräsentative Demokratie steht nicht unter der Ewigkeitsklausel“, so Weber. „Die Behauptung sei „juristischer Tinnel“, widersprach Energieminister Christian Pegel, selbst Jurist. Die Ewigkeitsgarantie, die Studenten schon im ersten Semester „sehr nachhaltig“ vermittelt werde, schließe explizit auch Artikel 20 des Grundgesetzes ein. „Das heißt: Die repräsentative Demokratie hat ganz ausdrücklich eine Abbildung in der Ewigkeitsgarantie“, so Pegel.

den.“ So zu tun, als werde die Opposition daran nicht beteiligt, sei „starker Tobak“. „Ringeln Sie doch um politische Mehrheiten! Wenn Sie inhaltlich gut sind, dann – das wissen Sie – werden wir uns dem nicht verwehren.“ Dass sich die Bevölkerung beim Thema für eine Volksbefragung nicht aktiv einbringen könne, schmälert aus seiner Sicht weder den Grundgedanken von mehr Mitbestimmung noch die Möglichkeiten, selbst Themen zu setzen. Dafür gebe es nach wie vor Volksbegehren, Volksentscheide und Volksinitiativen. Sich mit Volksbefragungen einen Überblick über das Meinungsbild in der Bevölkerung zu verschaffen und dann entsprechend zu handeln, werde seiner Überzeugung nach die Akzeptanz für politische Entscheidungen erhöhen. „Insofern kann ich nur wenig Kritisches an unserem Vorgehen erkennen.“ Forderungen der Opposition – zum Beispiel, die Themen der Befragung im Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen – nannte er „Erpressung“. Wenn die Zustimmung am Ende aus derartigen „Machterwägungen“ scheitere, schlage DIE LINKE selbst „die Tür zu“ für ihre „Herzensangelegenheit“, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Sich nicht auf den Weg von Volksbefragungen zu begeben, nicht das Votum der Bevölkerung zu hören, „das wäre Politik von oben“.

„Erpressung“ – Mit diesem Vorwurf im Raum müsste man eigentlich jede Gesprächsbereitschaft „komplett beenden“, konterte **Bernhard Wildt**, Frak-

tionsvorsitzender der BMV. Zum Glück hätten die Ministerpräsidentin und Herr Krüger das Thema besser verkauft. „Deshalb werden wir uns der Debatte nicht verweigern.“ Er warb dafür, dass sich nicht alle Seiten immer gegenseitig etwas Negatives unterstellen. „Ich glaube, dass tatsächlich allen Fraktionen hier im Landtag an der Stärkung der Demokratie gelegen ist.“ Der Knackpunkt sei allerdings der Weg dahin. Und der sehe im Moment vor, dass SPD und CDU jederzeit allein mit der Landesregierung das Thema der Befragung bestimmen könnten. Für ihn stehe das im Widerspruch zu Artikel 26 der Landesverfassung, in dem der Opposition ausdrücklich „das Recht auf politische Chancengleichheit“ eingeräumt werde. Wer das Thema Volksbefragung ernst nehme, könne die Opposition dabei nicht außen vor lassen. Andernfalls stünde zu befürchten, dass die Landesregierung nur Fragen stelle, die keine Gefahr für sie und ihre Arbeit darstellten. „Das kann nicht Sinn der Sache sein.“ Wie sich die Mitbestimmung der Opposition verbessern lasse, ob über eine Zweidrittelmehrheit, Minderheitenregelung oder andere Varianten, darüber werde nun im Ausschuss zu diskutieren sein. Ebenso über zeitliche Abstände zu Wahlterminen, damit die Befragung nicht zu einer „kostenfreien Wahlwerbung für die Regierungsfaktionen ausartet“.

Jochen Schulte (SPD) widersprach der Behauptung, AfD-Wähler auszugrenzen. „Im Gegenteil: Wir bemühen uns dringlich darum, diese Wähler von

dem – aus unserer Sicht – Irrweg der AfD-Wahl abzubringen“, damit sie beim nächsten Mal „eine der demokratischen Fraktionen in diesem Haus“ wählen. Gleichwohl „grenzen wir uns aber deutlich ab von all denjenigen, die weiterhin an der Spaltung der Gesellschaft arbeiten“. Er halte es für bemerkenswert, dass Herr Prof. Dr. Weber das Bestehen der repräsentativen Demokratie – eine Grundlage der Verfassung – bedauere. „Da entstehen ernsthafte Bedenken, ob Sie tatsächlich noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.“ Mit Blick auf die Diskussion über den Gesetzentwurf erinnerte er daran, dass Volksbefragungen nie aus dem Volk heraus initiiert würden. Die „Bauchschmerzen“ der Opposition könne er verstehen. „Wenn ich in der Opposition wäre, würde ich natürlich auch um jede Möglichkeit ringen, wie ich meine politischen Vorstellungen im Diskurs voranbringen kann.“ Er betonte, dass es niemandem darum gehe, die Rechte der Opposition zu beschneiden. Diese müssten jedoch im Verhältnis zu den Rechten derjenigen stehen, die Mehrheiten in einem Parlament haben. Umso wichtiger seien jetzt die Ausschussberatungen. Er zeigte sich überzeugt, dass am Ende eine Lösung stehen werde, die die Opposition in den Prozess der Volksbefragung und die Menschen in M-V stärker als bisher in politische Entscheidungen einbinde.

*Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition
Änderung Landesverfassungsgerichts-
gesetz*

Drucksache 7/2573

*Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition
Volksabstimmungsgesetz*

Drucksache 7/2574

*Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition
Änderung Landesverfassung*

Drucksache 7/2575

Weitere Verfassungsänderung

Parallel zu den Volksbefragungen soll die Landesverfassung noch in einem zweiten Punkt geändert werden. Dieser betrifft Artikel 17a. Darin geht es um den Schutz von Senioren und Menschen mit Behinderung. Dieser entspreche in seiner jetzigen Ausrichtung auf Schutz, soziale Hilfe und Fürsorge nicht dem inklusiven Ansatz der UN-Behindertenrechtskonvention, heißt es im Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen. „Schutz von alten Menschen, staatliche Fürsorge – das sind Begriffe, die sind für uns überholt. Wir wollen nicht einfach nur Fürsorge oder Schutz, sondern gleichberechtigte

Teilhabe“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Bei der Opposition kommt die neue Formulierung nicht gut an, weil der „besondere Schutz“ durch „Selbstbestimmung“ und „gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe“ ersetzt werden soll. Während diese Wortwahl für die Landesregierung neben „Mitbestimmung“ auch „Schutz“ impliziert, sieht die Opposition diesen Status nicht mehr ausreichend durch die Verfassung gewahrt. Auch dieser Punkt wird nun in den Ausschüssen mitberaten.

*Gesetzentwurf SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/2575*



In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständige Diskussion können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen.
www.landtag-mv.de

Weitere Beschlüsse

Nichtraucherschutz

Auf Spielplätzen in Mecklenburg-Vorpommern gilt auch weiterhin kein generelles Rauchverbot. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der BMV lehnten die Regierungsfractionen ab. So etwas ließe sich nicht wirkungsvoll und kontrollierbar umsetzen. Zudem verbieten viele Kommunen bereits das Rauchen auf Spielplätzen. Die AfD stimmte ebenfalls dagegen. Die BMV und DIE LINKE bedauerten die Ablehnung. Sie verwiesen darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit die höchsten Raucherquoten habe, in Bayern, Brandenburg, Bremen, dem Saarland und Nordrhein-Westfalen bereits entsprechende Gesetze existierten und sich der Nichtraucherschutz auf Spielplätzen nicht besser oder schlechter kontrollieren lasse als in Gaststätten. Den Gesetzentwurf hatte der Landtag im Mai 2018 in Erster Lesung beraten. Da die Überweisung in die Ausschüsse keine Mehrheit gefunden hatte, war der Gesetzentwurf nun entsprechend der Geschäftsordnung automatisch zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt worden.

*Gesetzentwurf BMV
Drucksache 7/2153*

Finderlohn

Wer einen archäologischen Schatz findet, erhält dafür auf künftig keinen Finderlohn. Die BMV hatte vorgeschlagen, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und einen Finderlohn im Denkmalschutzgesetz zu verankern. Dieser sollte in Anlehnung an die Regelungen im BGB je nach Wert der Fundsache drei bis fünf Prozent betragen. Damit sollten Finder ermutigt werden, ihre Kulturgutfundstücke zu melden und nicht auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Ein Vorstoß, der keine Mehrheit fand. SPD und CDU betonten, dass sich das Denkmalschutzgesetz des Landes bereits in einer Überarbeitung befinde. Für

die AfD stand die vorgeschlagene Regelung in keinem Verhältnis zu den Mühen des Finders. DIE LINKE appellierte an die Moral der Finder und fragte, warum die Gesellschaft für etwas bezahlen solle, was ihr sowieso gehöre?

*Gesetzentwurf BMV
Drucksache 7/2152*

Fischereigesetz

Die BMV hat sich dagegen gewandt, Gemeinschaftsfischen pauschal zu kriminalisieren. Sie forderte deshalb, im Fischereigesetz Ausnahmen zuzulassen und damit für Rechtssicherheit unter Anglern zu sorgen. Das lehnten die anderen Fraktionen ab. Sie verwiesen darauf, dass der Gesetzentwurf mehr Bürokratie für Angler mit sich bringe, ohne wirklich Rechtssicherheit zu schaffen, und auch beim Landesanglerverband abgelehnt werde. Hintergrund für den Gesetzentwurf sind Anzeigen der Tierrechtsorganisation PETA gegen Gemeinschaftsangler.

*Gesetzentwurf BMV
Drucksache 7/2154*

Tag der Menschen mit Behinderungen

Der Landtag hat sich einstimmig für einen „Tag der Menschen mit Behinderung“ ausgesprochen. Diese Veranstaltung soll einmal pro Legislaturperiode stattfinden – als Plattform, auf der Betroffene und Verbände ihre Belange und Forderungen direkt an die Landespolitik herantragen können. Ziel sei, die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen, sozialen und politischen Leben weiter zu verbessern. Die AfD kritisierte, in den fraktionsübergreifenden Antrag von CDU, SPD, DIE LINKE und BMV nicht eingebunden worden zu sein, stimmte ihm trotzdem zu. In Mecklenburg-Vorpommern leben rund 300.000 Menschen mit einem Handicap. Im Jahr 2010 hatte es schon einmal einen „Tag der Menschen mit Behinderungen“ im Landtag gegeben. Der Bürgerbeauftragte des Landes hatte mehrfach angemahnt, solch einen Tag der Information, Begegnung und des Erfahrungsaustausches regelmäßig

durchzuführen. Wo dieser Tag ausgerichtet werden soll, muss noch geprüft werden. Die Landtagsverwaltung hatten im Vorfeld darauf hingewiesen, dass das Schweriner Schloss hierfür aufgrund seiner verwinkelten und treppenreichen Architektur kaum geeignet und insbesondere im Katastrophenfall die Evakuierung aller Personen nicht zu gewährleisten sei.

*Antrag CDU, SPD, DIE LINKE, BMV
Drucksache 7/2580 (neu)*

Nationales Roaming

Auf Initiative der CDU-Fraktion debattierte der Landtag am 13. September einen Koalitionsantrag zum Thema „Nationales Roaming gesetzlich regeln“. Um Funklöcher durch ein betreiberoffenes Roaming zu schließen, soll sich die Landesregierung gegenüber dem Bund für eine gesetzliche Grundlage für ein nationales Roaming zwischen verschiedenen Mobilfunkbetreibern einzusetzen. Einer entsprechenden parlamentarischen Initiative des Landes Sachsen-Anhalt soll sich Mecklenburg-Vorpommern anschließen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nationales Roaming bedeutet, dass sich, wie beim Telefonieren im Ausland, Mobilfunkgeräte automatisch und ohne Extrakosten in das beste am jeweiligen Standort verfügbare Netz einbuchen, unabhängig vom Anbieter und Funknetz. Hierfür müsste das Telekommunikationsgesetz geändert werden.

*Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/2579*

Nachruf

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern gedenkt seines ehemaligen Mitarbeiters **Joachim Robel**, der am 8. September 2018 verstorben ist. Herr Robel war von 1991 bis 2011 im Landtag tätig, zuletzt für viele Jahre im Haussicherheitsdienst. Er versah seinen Dienst stets mit großer Freundlichkeit, Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft. Wir trauern um einen sehr geschätzten Kollegen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 11.10.2018

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1571		Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 28.01.2018 2. Lesung: 25.04.2018 in Beratung
7/1983	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 25.04.2018 in Beratung
7/2241	LReg	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Psychischkrankengesetzes M-V	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2242 (neu)	LReg	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes M-V	Sozialausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2256	SPD, CDU, DIE LINKE	Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2552	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Standarderprobungsgesetzes M-V	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes M-V	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung

Abgeschlossen

im Plenum am 12. September 2018 entschieden

Stand: 11.10.2018

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/2152	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes M-V	BMV	1. Lesung: 30.05.2018 2. Lesung: 12.09.2018	abgelehnt
7/2153	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Nichtraucherchutzgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	BMV	1. Lesung: 30.05.2018 2. Lesung: 12.09.2018	abgelehnt
7/2154	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Fischereigesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	BMV	1. Lesung: 30.05.2018 2. Lesung: 12.09.2018	abgelehnt
7/2247	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	BMV	1. Lesung: 30.05.2018 2. Lesung: 12.09.2018	abgelehnt

Foto: Uwe Sinnecker

Lebensader Ostsee

Landtag bei Ostseeparlamentarierkonferenz dabei

■ Die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) fand vom 26. bis 28. August auf den Åland-Inseln statt. Mehr als 150 Delegierte aus den Staaten und Regionen des gesamten Ostseeraumes trafen sich für die dreitägige Beratung in Mariehamn im „Åland Lagtinget“, dem Parlamentsgebäude der zu Finnland gehörenden, aber autonomen, schwedisch-sprachigen Region Åland. Im Zentrum der Beratungen standen die Themen Zusammenarbeit, Nachhaltigkeit und intelligente Energiepolitik. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten eine Resolution mit politischen Handlungsempfehlungen an die Regierungen ihrer Länder.

Die Konferenz wurde vom Präsidenten der finnischen Republik, Sauli Niinistö, und Gun-Mari Lindholm, Präsidentin des Parlamentes von Åland, eröffnet. Die erste Sitzung thematisierte die Kooperation in der Ostseeregion. Vorgestellt und diskutiert wurden Berichte über die Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ und die Entwicklungen des Ostseerates und des Ostseeforums für Arbeit und Beschäftigung. Zu diesem Tagesordnungspunkt präsentierte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seinen Bericht über nachhaltigen Tourismus in der Ostseeregion. Der Ko-Berichtersteller der Ostseeparlamentarierkonferenz **Jochen Schulte** informierte im Plenum über die politischen Entwicklungen im Bereich der integrierten Meerespolitik. Alle Sondermandate von Abgeordneten des Landtages M-V in der Konferenz wurden verlängert – ein Zeichen für die Wertschätzung, die die Arbeit des Landtages in der Ostseeregion genießt.

Die zweite Sitzung behandelte die Vision einer gesunden Ostsee. In seiner Grußbotschaft sprach Karmenu Vella, EU-Kommissar für Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, zur Ver-



Die Delegation des Landtages bei der Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August (v.l.): Dirk Friedriszik, Jochen Schulte, Delegationsleiterin Beate Schlupp, Nikolaus Kramer, Ralf Borschke und Karsten Kolbe.

Foto: Landtag M-V

einbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf die Zielvorgaben der Vereinten Nationen. Des Weiteren wurden die Zielvorhaben und Umsetzungserfolge der Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee vorgestellt. Im Anschluss an diese Vorträge entwickelte sich eine lebhafte Diskussion zur Meeresverschmutzung durch Plastikmüll. Hier bestehe, so die einhellige Meinung, dringender, wirkungsvoller Handlungsbedarf.

Die dritte Sitzung war gekennzeichnet durch Vorträge und Diskussionen zu den Herausforderungen einer nachhaltigen Energiewirtschaft in der Ostseeregion sowie den Projektvorhaben zur Entwicklung fossil-freier Energiesysteme.

Schlusspunkt der Ostseeparlamentarierkonferenz war die einstimmige Annahme der Konferenzresolution.

„In den Diskussionen und der einstimmigen Annahme der Resolution zeigte sich erneut, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz die ideale Plattform für den Austausch und die Basis für die Zusammenarbeit zwischen den Ostseeanrainerstaaten ist“, so das Resümee von Landtags-Vizepräsidentin **Beate Schlupp**. Die Resolution enthalte 28 Forderungen und Handlungsempfehlungen an die Regierungen der Ost-

seeanrainerstaaten, die von zentraler Bedeutung für die gesamte Ostseeregion seien. Besonders würdigte Beate Schlupp, dass bei den Beratungen der Ostseeanrainer auch Konflikte, wie die schwierige Situation auf der Krim und in der Ostukraine mit ihrer Ausstrahlung auf die Nachbarregionen, offen und deutlich angesprochen werden.

Die Konferenz endete mit der Übertragung der einjährigen Präsidentschaft an Jorodd Asphjell, Abgeordnete des norwegischen Parlamentes, für die 28. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2019 in Oslo.

Arbeitsgruppensitzung mit Jugendforum in M-V

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern richtet vom 26. bis 28. Mai 2019 eine Sitzung der BSPC-Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ in Schwerin aus, verbunden mit einem Ostsee-Jugendforum. Dies sagte Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp im Ständigen Ausschuss der Ostseeparlamentarierkonferenz zu und lud die Mitglieder der Arbeitsgruppe für das kommende Jahr nach Schwerin ein.



Foto: eFTV vom Freizeittreff Laage

Auf den beiden Besuchertribünen verfolgten rund 100 Schüler und Azubis die Anhörung, darunter Teilnehmende des Projektes „Jugend im Landtag“.

Medienbildung und Digitalisierung

Dritte öffentliche Anhörung des Sozialausschusses „Jung sein in M-V“

■ Am 26. September fand die dritte Anhörung im Rahmen der Anhörungsreihe „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ zum Thema „Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung“ statt. Die Sachverständigen wurden gut drei Stunden befragt von den Ausschussmitgliedern und zehn Jugendlichen, die die Anhörungen dauerhaft begleiten. Inhaltlich ging es um die Internetversorgung im ländlichen Bereich, die Rolle der Schulen und Kindertagesstätten bei der Medienbildung, die Lehreraus- und -fortbildung, die Einbeziehung der Eltern und außerschulische Bildungskooperationen.

Arp Fittschen (Städte- und Gemeindegtag M-V) betonte die Vordringlichkeit des Breitbandausbaus. Erfreulicherweise strebten alle an diesem Prozess Beteiligten im ländlichen Raum die Glasfaser

Point-to-Point-Topologie an. Leider werde es aber auch noch in Zukunft in einigen Landesteilen lediglich Vectoring-Lösungen geben, die dem Bedarf von mindestens 30-Mbits an den Schulen nicht genügten. Neben der Hardware-Komponente gebe es noch ein weitaus größeres Problem: die effiziente Nutzung der digitalen Infrastruktur. Medienbildung und Digitalisierung dürfe nicht nur für Schulen gedacht werden, sondern betreffen gleichermaßen auch die Erwachsenenqualifizierung. Medienkompetenz und Digitalisierung müssten bei Berufsausbildung und Studium integrativer Bestandteil werden, insbesondere bei der Lehrerbildung.

Für Bernd Rosenheinrich (Landesseniorenbeirat M-V) müssen Medienkompetenz und Medienbildung als einheitlicher Komplex gesehen werden, von der Kita bis zu den Seniorinnen und Senioren. Es reiche nicht aus, mit der Medienbildung in der 7. Klasse mit einem gesonderten Lehrfach zu beginnen, vielmehr müsse diese als Prozess alle Unterrichtsfächer und Lehrkräfte einschließen. Eine digitale Gesamtstrategie müsse sowohl die schulische als auch die außerschulische Ausbildung und alle Generationen umfassen. Explizit wies er auf das Suchtpotenzial hin, das mit der intensiven Nutzung der neuen Medien verbunden sei.

Medienkompetenz müsse entlang der gesamten Bildungskette vermittelt werden, bekräftigte auch Prof. Dr. Roland Rosenstock (Universität Greifswald). Bereits für die frühkindliche Bildung bedürfe es hierfür tragfähiger Konzepte. Großen Wert lege er in diesem Zusammenhang auf die Gestaltung der Bildungsübergänge. Medienbildung setze zudem einen sicheren Glasfasernetzzugang für jede Schule voraus. Jedes Klassenzimmer benötige eine Basisausstattung. Die Forderung, jedem Schüler einen Computer zur Verfügung zu stellen, unterstütze er allerdings nicht. Vielmehr gehe es um die Schaffung einer digitalen Lernumgebung. Die Einführung des Faches Medienbildung und Informatik ab Klasse 5 sei zu begrüßen. Allerdings bestehe die Gefahr, dass Medienbildung zu wenig als fächerübergreifende Aufgabe verstanden werde. Eine große Herausforderung bestehe in der Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte. Schüler seien in ihrer digitalen Kompetenz der Lehrerschaft oft weit voraus. Lehramtsstudierende verfügten nur über geringe Kenntnisse in der Medienbildung und der fachspezifischen Mediendidaktik. Hierfür gebe es bisher keine verpflichtenden Angebote im modularisierten Lehramtsstudium.

Laut **Christian Taszarek** (Universität Rostock), der neben seiner Tätigkeit an der Universität auch Lehrer an einem Rostocker Gymnasium ist, haben Schüler an sich kein Problem mit Digitalität, da es ihr Alltag sei. Ein Problem gebe es bei den Schulen, die neben der Medienbildung viele Baustellen zu bewältigen hätten – die Inklusion, die Ganztagschulentwicklung, die Differenzierung und Individualisierung von Unterricht, das Arbeiten in multiprofessionellen Teams mit außerschulischen Partnern. Alle diese Aufgaben setzten jedoch zwingend voraus, die Schulen mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Darüber hinaus benötige die Schule für die Bewältigung dieser Fülle an Aufgaben vor allem Zeit. Der Breitbandausbau werde noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Umso wichtiger sei es, die vorhandenen technischen Voraussetzungen umfassend zu nutzen. Es gebe jedoch zahlreiche Kollegen, die sich dafür nicht genügend ausgebildet fühlten.

Medienbildung müsse auch außerschulisch und generationenübergreifend stattfinden, schloss sich **Bert Lingnau** (Mediendienst M-V) seinen Vorrednern an. Als gutes Beispiel nannte er die Offenen Kanäle der Mediendienst. Durch die Produktion eigener Radio- und Fernsehbeiträge würden die Nutzer auch die Funktionsweise der medienpraktischen Arbeit besser kennenlernen. Das sei im besten Sinne außerschulische Medienbildung. Über Fake News müsse effektiver aufgeklärt werden. Dazu müsse das medienkritische Denken gefördert werden. Medienbildung sei eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Schulen müssten sich noch stärker öffnen und Bildungs Kooperationen mit außerschulischen Partnern eingehen. Wichtig sei auch die Einbeziehung der Eltern – bereits im frühkindlichen Bereich, da man sie in dieser Erziehungsphase am besten erreiche.

Kinder und Jugendliche brächten heute viele digitale Vorkenntnisse mit, sagte **Antje Kaiser** (Referentin beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit M-V). Es komme darauf an, dieses Potenzial stärker zu nutzen. Die Pädagoginnen und Pädagogen an den Schulen benötigten viel mehr Unterstützung, um Medienbildung fächer-

integrativ einzusetzen. Auch sie sieht in der Medienbildung eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Politik stehe vor der Aufgabe, die strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Gegenwärtig basiere Medienbildung in Mecklenburg-Vorpommern auf sehr viel Engagement. Allerdings stoße das bestehende Netzwerk in M-V an seine Kapazitätsgrenzen.

Für **Katharina Bluhm** (Jugendmedienverband M-V) ist Medienbildung ein lebenslanger Prozess, der Medienkompetenz zum Ziel habe. Unter Medienkompetenz verstehe sie eine sinnvolle, reflektierte und verantwortungsvolle Nutzung von Medien. Medienbildung müsse in allen Bereichen der formalen Bildung ihren Platz finden. Eltern seien zu unterstützen und Freizeitangebote in diesem Segment verstärkt zu schaffen. Den Anforderungen in den Schulen und in der außerschulischen Arbeit könne man gegenwärtig bei weitem nicht gerecht werden. Es fehle vor allem an qualifiziertem Personal. Das gelte auch für erziehungswissenschaftliche und sozialpädagogische Studiengänge sowie für den Bereich der Freizeitpädagogik. Oft werde die zur Verfügung stehende Hardware nicht optimal genutzt. Das liege manchmal am verfügbaren Zeitfonds, aber auch daran, dass Lehrerinnen und Lehrer nicht genügend im Umgang mit der digitalen Technik geübt und geschult seien. Schulische und außerschulische Partnerschaften könnten hier Abhilfe schaffen.

Thomas Batzer (Landkreistag M-V) sieht das Land insgesamt auf einem guten Weg und pflichtete Antje Kaiser bei,



Die Öffentliche Anhörung wurde in Livestream übertragen. Foto: elfTV vom Freizeittreff Laage

dass dahinter ein sehr vielfältiges Engagement stehe. Jetzt komme es darauf an, verstärkt in die flächendeckende Umsetzung zu starten. Der Landkreistag richte seinen Fokus in diesem Zusammenhang natürlich auf die Landkreise als Schulträger. Sie seien letztendlich für die Schaffung der technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen zuständig. Grundvoraussetzung für alles Handeln sei der zügige Breitbandausbau. Hier spielten auch die sächlichen und personellen Voraussetzungen mit hinein. Das erfordere einen Beratungsaufwand, der zu finanzieren sei. Schule und Schulträger könnten dies allein nicht leisten.

Die nächste Anhörung – dann zur Zwischenauswertung – plant der Sozilausschuss am 5. Dezember. Vorschläge und Anmerkungen dazu sollten bis zum 14. November beim Ausschusssekretariat eingereicht werden, um eine gründliche Vorbereitung zu ermöglichen.

Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“	
17. Januar 2018	Teilhabe und Mitwirkung von Jugendlichen
23. Mai 2018	Übergangsmangement Schule, Bildung und Beruf
26. September 2018	Medienbildung für junge Leute im Kontext der Digitalisierung
5. Dezember 2018	Anhörung zur Zwischenauswertung
27. März 2019	Mobilität im ländlichen Raum
12. Juni 2019	Ehrenamt und Erprobungsräume
25. September 2019	Kinderarmut und Chancengleichheit
4. Dezember 2019	Auswertungsanhörung



Der Petitionsausschuss informierte sich vor Ort, warum die Rütinger Wassermühle immer noch nicht betrieben werden darf.

Wasser marsch?

Petent fordert Betriebserlaubnis für seine Wassermühle

■ Seit fast 23 Jahren bemüht sich der Petent um die wasserrechtliche Erlaubnis zum Betrieb seiner Wassermühle, die im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages erteilt werden soll. Bereits 2005 und 2017 hätte er einen ihm vorgelegten Vertragsentwurf unterzeichnet, ohne dass es bisher zum Vertragsschluss gekommen ist. Um endlich die Betriebserlaubnis zu bekommen, hatte sich der Mühlenbesitzer nun an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt.

Nach Auskunft des Petenten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern nur noch sechs betriebene Wassermühlen. Die denkmalgeschützte Rütinger Mühle bekam mithilfe öffentlicher Fördermittel im Jahr 2014 ein funktionstüchtiges Wasserrad, das aber wegen der fehlenden wasserrechtlichen Erlaubnis nicht betrieben werden darf.

Um sich ein Bild von der Situation zu machen, fuhren die Abgeordneten am 4. Oktober vor Ort, besichtigten die Mühle und erörterten mit den Beteiligten, welche Faktoren für den Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrages noch zu klären sind. Moderiert vom Vorsitzenden des Petitionsausschusses **Manfred Dachner**, legten sowohl der Petent als auch die Vertreter des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umweltschutz

Westmecklenburg, des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege und des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt ihre Auffassungen dar. In dem sehr sachlichen Gespräch wurden die Argumente ausgetauscht und Lösungsmöglichkeiten für die äußerst unbefriedigende Situation diskutiert. Die Erteilung der Erlaubnis hänge vor allem davon ab, dass die ökologische Durchgängigkeit des Gewässers zum Schutz der Fischpopulation gewährleistet ist und der Betrieb somit den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie entspricht. Derzeit ist der Bau einer Fischaufstiegsanlage in Form eines Mäanderfischpasses geplant.

Einig waren sich alle Beteiligten darüber, dass der Zeitraum von mittlerweile 23 Jahren völlig unakzeptabel ist, zumal zahlreiche Änderungen der rechtlichen Vorgaben zu einer stetigen Kostenerhöhung führen. Die Abgeordneten mahnten insoweit eine zeitnahe Lösung an.

Konversionsbericht M-V

Öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss

■ Der Wirtschaftsausschuss führte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE am 6. September eine öffentliche Anhörung zum Konversionsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2017 durch. An der Anhörung nahmen die Bürgermeister der Gemeinden Rechlin und Peenemünde, die stellv. Bauamtsleiterin der Stadt Stavenhagen sowie der

Konversionsbeauftragte der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in Mecklenburg-Vorpommern teil. Weitere Sachverständige hatten schriftliche Stellungnahmen abgegeben.

Es gebe inzwischen eine gute, nachhaltige Entwicklung in der Müritz-Region, bilanzierte der Bürgermeister der Gemeinde Rechlin, **Wolf-Dieter Ringguth**. Dies sei auch auf die Teilnahme der Gemeinde am Projekt „Gleitende Konversion“ zurückzuführen. Die Gemeinde Rechlin habe ca. 7.200 m² des früheren Bundeswehrgeländes übernommen, dieses dekontaminiert, von Munition befreit und eine neue Flugzeughalle gebaut. Das entstandene Luftfahrttechnische Museum sei eine Erfolgsgeschichte und würde inzwischen deutlich mehr als 35.000 Besucher pro Jahr anziehen. Dennoch bleibe die Konversionsbelastung ein großes Problem. Derzeit seien noch ca. 4,3 ha Land in Sichtweite zur Müritz stark kontaminiert und munitionsbelastet.

Auch Peemündes Bürgermeister **Rainer Barthelmes** berichtete über die positive Entwicklung seiner Gemeinde, die ohne die Unterstützung des Landes, der Interministeriellen Arbeitsgruppe Standortkonversion und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nicht möglich gewesen wäre. Peenemünde sei ein militärischer Standort gewesen und habe in den 1990er-Jahren fast nur aus Ruinen bestanden. Inzwischen konnte der Einwohnerschwund gestoppt werden, mit Fördermitteln seien unter anderem Bauabschnitte im Hafen umgesetzt und das Hafenaerial erworben worden. Der Hafen sei heute ein touristischer Anziehungspunkt, hier seien weitere infrastrukturelle Verbesserungen geplant. Weiteren Plänen der Gemeinde, z. B. dem Rückbau des maroden Sauerstoffwerkes, stünden Denkmalschutzauflagen entgegen. Eine Einigung mit den Denkmalschutzbehörden sei bisher nicht gelungen.

Auch Stavenhagen praktiziere die „Gleitende Konversion“, informierte die stellv. Bauamtsleiterin der Stadt, **Christina Michael**. Als 2001 bekannt geworden sei, dass der Bundeswehrstandort Basepohl geschlossen wird und die Bundeswehr etappenweise aus Stavenhagen abzieht, seien Machbarkeitsstudien zur Nachnutzung des Geländes erstellt und

Bebauungspläne erarbeitet worden. So konnten von 2007 bis 2009 zwei Areale vollständig neu als Industriestandort erschlossen werden. Auch für den letzten Teil des Bundeswehrgeländes gebe es bereits eine Machbarkeitsstudie und einen B-Plan für einen Industriestandort. Zudem seien das Neubaugebiet dem Bevölkerungsrückgang angepasst und mehr als 600 Wohnungen zurückgebaut, das Wohnumfeld umgestaltet und die historische Altstadt saniert worden. Eine Lösung für die sieben privaten Wohnblocks, die inzwischen zu Ruinen verkommen seien, konnte bislang nicht gefunden werden.

Konversion sei nicht nur eine Belastung, sondern biete auch viele Chancen, betonte der Konversionsbeauftragte der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in M-V **Raymund Karg**. Grundlage für eine erfolgreiche Konversion sei die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten. Die 2006 abgeschlossene Konversionsvereinbarung sei die erste in Deutschland gewesen und bis heute die einzige auf Landesebene. Mit der Interministeriellen Arbeitsgruppe der Landesregierung werde der Konversionsprozess enorm verbessert. Bewährt habe sich auch die Förderpolitik des Wirtschaftsministeriums. Seit vielen Jahren würden die betroffenen Kommunen finanziell und beratend unterstützt. Hier nehme Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen Bundesländern eine Vorreiterrolle ein.

Private Sicherheitswirtschaft

Innen- und Europaausschuss besucht ABS in Rostock

■ **Der Innen- und Europaausschuss verlagerte am 23. September seine Sitzung in die Geschäftsräume der Alarm-, Bewachungs- und Sicherheitsdienst GmbH (ABS) in Rostock, um vor Ort einen Einblick in die private Sicherheitswirtschaft zu erhalten.**

Neben der hochmodern gesicherten Alarm-Empfangs-Einrichtung wurde auch der Einsatz der neuen israelischen modularen Fahrzeugsperren vorge-

führt. Der Vorsitzende der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern des Bundesverbandes der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Jörg-Peter Althaus sowie der Einsatzleiter der ABS Dirk Herrmann berichteten über das umfangreiche Tätigkeitsspektrum des privaten Sicherheitsdienstes, insbesondere über die in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Aufgabengebiete bei der Bewachung kommunaler Einrichtungen sowie die Unterstützung und Kooperation mit der Polizei. Ziel der seit 2000 bestehenden Verträge zwischen dem BDSW und der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern ist laut Althaus ein effizienter Ressourceneinsatz der Polizei durch ein Zusammenwirken im täglichen Dienst. Ferner wurde über die rechtlichen Rahmenbedingungen im privaten Sicherheitsgewerbe, vor allem die Novellierung des Gewerberechts, gesprochen.

Straßenausbau-Beiträge

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss

■ **Last oder Nutzen, Allgemeingut oder besonderer Vorteil für Grundstückseigentümer, Abschaffung oder Novellierung – die Straßenausbaubeiträge erhitzen die Gemüter. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung empfing der Innen- und Europaausschuss am 6. September Sachverständige. Anlass waren die Entwürfe der AfD-Fraktion sowie der BMV-Fraktion in Verbindung mit einem Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes.**

Da es sich um ein emotional höchst aufgeladenes Thema handele, habe der Ausschuss eine breite Auswahl an Sachverständigen zu einer erneuten Anhörung eingeladen, sagte der Ausschussvorsitzende **Marc Reinhardt** zum Auftakt. Es gehe den Abgeordneten darum, in einer fachlichen Diskussion ihre Fragen zu stellen und das Problem von allen Seiten zu betrachten.

Beim Straßenausbau handele es sich – wie beim Bezug von Strom, Gas oder Wärme auch – um eine Leistung der

Daseinsvorsorge, erklärte **Arp Fittschen** vom Städte- und Gemeindetag M-V. Dass solche Leistungen in der Regel nicht vorrangig aus Steuermitteln finanziert würden, hätte seinen guten Grund: All diese Dinge der Daseinsvorsorge würden von den Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlicher Intensität genutzt. Daher sei es richtig, diejenigen an den Kosten zu beteiligen, die die Leistung in Anspruch nähmen.

Dem hielt der Sprecher der Interessensgemeinschaft Rogahner Straße (Schwerin) **Wolfgang Winkler** entgegen: „Straßen sind Allgemeingut. Sie wurden bereits bei der Herstellung von Anliegern finanziert und der grundlegende Ausbau stellt lediglich einen Wert wieder her, der vor Vernachlässigung von Reparaturen und Instandhaltung bestanden hatte.“

Peter Ohm vom Verband Deutscher Grundstückseigentümer e. V. forderte eine saubere Differenzierung zwischen Erschließungsbeiträgen und Straßenausbaubeiträgen: „Es ist ganz klar, dass bei einer erstmaligen Erschließung ein Vorteil entsteht durch die Zuwegung, durch die Möglichkeit, das Grundstück zu erreichen.“ Dieser Vorteil sei abzugelten mit einem entsprechenden Kostenbeitrag des Grundstückseigentümers. Anders sehe es aus, wenn durch die starke Nutzung durch die Allgemeinheit erhöhter Verschleiß an den Straßen aufgetreten sei. „Dies allein den Anliegern zuzumuten, die eigentlich den geringsten Teil dieser Nutzung vollbringen, ist ungerecht, ist auch verfassungswidrig.“ **Matthias Köpp** (Landkreistag M-V) sieht die Lösung des Problems in einer erheblichen Aufstockung der kommunalen Beteiligung am Finanzausgleich.

Volksinitiative zugelassen

Die Volksinitiative „Faire Straße – Volksinitiative gegen Straßenausbaubeiträge in Mecklenburg-Vorpommern“ wird zugelassen. Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 der Landesverfassung sind erfüllt. Dies hat die Landeswahlleiterin der Präsidentin des Landtages mit Schreiben vom 12. Oktober mitgeteilt.

Weniger Kunststoff im Alltag

Landtag schreibt 16. Umweltpreis aus

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern schreibt zum 16. Mal den Ernst-Boll-Umweltpreis aus. Diesmal geht es um „Clevere Lösungen für weniger Kunststoff im Alltag“. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Verbände sowie juristische Personen bis zum 31. Januar 2019. Die Projekte, Leistungen oder Initiativen müssen einen ausschreibungs- sowie landesbezogenen Charakter haben und dürfen noch nicht anderweitig prämiert sein.

Mit seinem Umweltpreis verfolgt der Landtag das Ziel, herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz zu würdigen, die weitere Arbeit der Preis-

träger zu fördern und zur umweltpolitischen Bewusstseinsbildung im Land beizutragen. Ausgezeichnet werden sollen Leistungen, die Vorbildfunktion haben, an anderer Stelle wiederholbar sind sowie dazu beitragen, Mecklenburg-Vorpommern als attraktiven Lebensraum zu erhalten und zukunftsfähig zu entwickeln. Als Jury fungiert der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt des Landtages unter Vorsitz von Elisabeth Aßmann, Abgeordnete und Ausschuss-Vorsitzende.

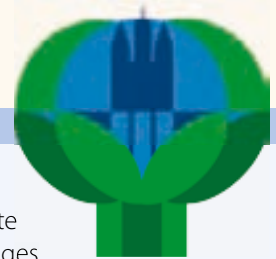
Auszeichnungen werden in den Kategorien „Umweltpreis“ (dotiert mit 15.000 Euro) und „Jugendumweltpreis“ (dotiert mit 10.000 Euro) vergeben. In jeder Kategorie sind mehrere Preisträger möglich.

Seit 1992 lobt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern den Umweltpreis zum Gedenken an Ernst Boll aus, einen bedeutenden Naturforscher und Historiker aus Neubrandenburg (1817 bis 1868). Seine Schaffenskraft widmete Boll, der sich auch in Gremien der Reformbewegung an der Seite von Fritz Reuter politisch engagierte, insbesondere der mecklenburgischen Landes- und Naturgeschichte. Der Ernst-Boll-Umweltpreis ist bis heute der einzige deutsche Umweltpreis, der von einem Landesparlament vergeben wird. Die Vergabe der Auszeichnung erfolgt mindestens zweimal innerhalb einer Wahlperiode des Landtages.

Die Ausschreibungsunterlagen ...

zum Umweltpreis 2018/2019 können beim Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Geschäftsstelle des Umweltpreises, Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin, kostenlos angefordert werden. Alle Unterlagen stehen zudem

auf der Internetseite des Landtages Mecklenburg-Vorpommern als Download zur Verfügung: www.landtag-mv.de



Die Gewinner des Jugend-Umweltpreises 2017 mit ihren Mentorinnen und Mentoren. (2.v.l. Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp, 2.v.r. Elisabeth Aßmann, Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt)

Archivfoto: Juliane Fuchs



Nicht nur beim Gruppenfoto auf Augenhöhe: Jugendliche und Abgeordnete beim Projekt „Jugend im Landtag 2018“.

Foto: Volker Bohlmann/SVZ

„Wind of Change“

Jugend im Landtag 2018 brachte „Chaos in die Ordnung“

„Jugend im Landtag ist ein geniales Beteiligungsprojekt, bei dem Jugendliche zu Wort kommen!“ Das Fazit des 15-jährigen Tim teilen die meisten der jungen Leute aus ganz M-V, die vom 25. bis 28. September bei „Jugend im Landtag“ dabei waren. Und dass sie nicht nur zu Wort kamen, sondern auch gehört wurden, zeigte die große Präsenz von Abgeordneten aller Fraktionen – nicht nur bei der Eröffnung, sondern vor allem auch bei der mehrstündigen Diskussion über das „Jugendgrundsatzprogramm für M-V“, das die Jugendlichen in fünf Workshops erarbeitet hatten.

Frischen Wind brachten sie auf jeden Fall in den Landtag – rund 80 junge Menschen im Alter von 15 bis 25 aus dem ganzen Bundesland. Vier Tage lang diskutierten sie miteinander

und mit Abgeordneten ihre Themen und Vorstellungen für ein jugendgerechtes Mecklenburg-Vorpommern: Wie Schule besser werden kann; was es braucht, um nach Schule bzw. Ausbildung und Studium in M-V zu bleiben oder wiederzukommen; wie gute Medienbildung aussehen muss; wie ein vielfältiges, tolerantes Zusammenleben in Europa gelingen kann. Und sorgten dabei gleich in doppelter Hinsicht für (konstruktives) Chaos – Indem sie scheinbar bekannte Probleme aus ihrem Blickwinkel beleuchteten und außerdem im ganzen Haus bunte, kreative Botschaften verteilten, die zeigten: Diese jungen Leute haben Ziele und Werte und wollen sich aktiv in die Gestaltung und Entwicklung des Landes einbringen.

„Jugend im Landtag“ ist für den Landtag und den Landesjugendring das bedeutendste gemeinsame Jugendbeteiligungsprojekt. Dabei schlüpfen die Teilnehmenden nicht für vier Tage in die Rolle der Abgeordneten, sondern suchen und organisieren den Dialog mit den Parlamentariern auf Augenhöhe. Aus gutem Grund fand JiL wieder in einer Ausschusswoche statt – schließlich sollen die Jugendlichen das Parlament bei der Arbeit erleben, es soll

vielfältige organisierte und spontane Begegnungsmöglichkeiten zwischen Jugendlichen und Abgeordneten geben. Diesmal war sogar die Öffentliche Anhörung des Sozialausschusses zum Themenkomplex „Jung sein in M-V“ in das Programm von JiL integriert (siehe auch S. 20 - 21).

„Ganz sicher werden die jungen Menschen mitnehmen, dass zu politischer Arbeit immer auch Geduld, Ausdauer und Kompromissbereitschaft gehören“, ist Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp überzeugt. Für Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin, lebt JiL vom Geben und Nehmen auf beiden Seiten: „Ebenso lernen auch wir Abgeordnete: Dass Jugendliche kompetent und engagiert sind, dass sie Dinge hinterfragen und neue Wege gehen.“





Viel Spaß gabs nicht nur im Schloss, sondern auch abends in Retzendorf.

Das steht im Jugend-Grundsatzprogramm von JiL 2018 (Auszüge)

Bildung

Kleinere Klassen
Behindertengerechte Ausstattung aller Schulen in M-V
Entschlackung der Lehrpläne
Frühere Spezialisierung

Europa für alle

Regelmäßige grenzüberschreitende Treffen und Projekte von Jugendlichen
Projekte und Workshops zur Antidiskriminierungsarbeit
Akzeptanz für Vielfalt: Stärkung der Rechte von LSBTI*
Aufklärung über LSBTI* in sämtlichen Schulformen

Medienbildung

Gesamtstrategie der Landesregierung zur Digitalisierung
Chancengleichheit beim Zugang zu allen Medien, unabhängig von Wohnort, Alter und Bildungshintergrund
Ausstattung aller Schulen mit Laptops und Tablets und Breitband-Internetanschluss
Partizipative und handlungsorientierte Medienbildung für alle
Medienkompetenz als Bestandteil der Lehrerbildung
Bildungspartnerschaften zwischen schulischen und außerschulischen Partnern



Ernsthaft, konstruktiv und auf Augenhöhe:

Gehen oder bleiben?

Vielfältige schulische und außerschulische Bildungs- und Unterhaltungsangebote für alle
Gewährleistung der politisch-demokratischen Bildung an den Schulen
Stabile, finanziell sichere Strukturen in der Jugendarbeit
Jugendinformationsbüros in jedem Landkreis/jeder Stadt
Bessere Bus- und Bahn-Infrastruktur, insb. in ländlichen Regionen
Kostenlose Bus- und Bahnfahrten für mehr Mobilität
Flächendeckender Breitbandausbau

Bei dem Projekt geht es darum, Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen, ihnen zuzuhören und ihre Anliegen ernst zu nehmen.
Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages



Wir Abgeordnete sehen JiL als große Chance, Jugendliche zu ermutigen und zu unterstützen, ihre Anliegen selbstbewusst zu vertreten und die Abgeordneten als Verbündete bei der Durchsetzung von Vorhaben zu gewinnen.

Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin

Fotos: Claudia Gaschler, Franziska Sip, elfTV Laage, Volker Bohlmann/SVZ, Cornelius Kettler, Landtag M-V



Warm-up mit Körper-Schnick-Schnack-Schnuck



Die Moderatoren Annika und Max hatten stets den Überblick.



Die Diskussionen mit den Abgeordneten über die Themen und Forderungen aus den JIL-Workshops.



Rasmus, Charlotte, Johannes und Dr. Mignon Schwenke bei der JIL-Presskonferenz



Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Sozialministerin Stefanie Drese bei der Eröffnung von JIL

Zum Motto

Das Motto „Wind of change – Wir bringen Chaos in die Ordnung“ wurde vom Organisationsteam in einem Brainstorming mit demokratischer Abstimmung gefunden. Es zeigt, welche Erwartungen die jungen Leute mit dem Beteiligungsprojekt verbinden: Die gewohnte „Ordnung“, in der aus ihrer Sicht Jugendthemen nicht das nötige

Gewicht haben, aufzubrechen, durcheinanderzuwirbeln und neu zu sortieren – es ging also um konstruktives Chaos. Und natürlich war auch Ziel der Teilnehmenden, durch ihre bunte, fröhliche und zum Teil unkonventionelle Präsenz im Schloss auf sich und ihre Forderungen aufmerksam zu machen.



Ich glaube, die Abgeordneten haben zunächst einmal wahrgenommen, dass es viele junge Menschen in M-V gibt, die eine Meinung zu politischen Themen haben. Darüber hinaus haben sie mitbekommen, welche Themen der jungen Generation besonders wichtig sind.

Yannik (19), Rostock

Politik umgibt uns alle irgendwie – immer und egal, auf welcher politischen Ebene, ob in der Kommune, in der Stadt, im Land, Bund, Europa – sie wirkt sich immer mit jeder Entscheidung auf unser Leben aus. Also ist es wichtig, da mitzumischen – auch als junger Mensch.

Antonia (19), Greifswald

Jugend im Landtag ist ein geniales Beteiligungsprojekt, wo Jugendliche zu Wort kommen. Es gab so viele schöne Momente, die die Veranstaltung bereichert haben. Am besten fand ich die Jugendausschuss im Sozialausschuss zum Thema Medienbildung, außerdem den Dialog mit den Abgeordneten.

Tim (15), Güstrow

Foto: Cornelius Kettler



Fotos: Jens Rosentreter



► *Geschafft! Der Schloss-Innenhof ist neu gepflastert - und zwar nach historischen Vorlagen aus dem 19. Jahrhundert. Bevor Daniel Nowak, Alexander Schmidt und Rene Stricker (v. l.) von der Firma TUK (Tief- und Kulturbau) Schwerin die letzten drei Steine im neuen Innenhof-Pflaster verbauen, posieren sie noch für ein Erinnerungsfoto. Die Männer können stolz sein – sie haben die anspruchsvolle Arbeit bei laufendem Schloss- und Parlamentsbetrieb erledigt und zugleich der Fachkunde und handwerklichen Meisterschaft ihres Unternehmens ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt. Nun kann der Innenhof an den Wochenenden auch wieder für interessierte Besucher geöffnet werden.*

► *Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages M-V, empfing am 6. September den Botschafter der Republik Österreich, S.E. Dr. Peter Huber, im Schweriner Schloss. Nach dem Eintrag ins Gästebuch sprachen die Vizepräsidentin, der Botschafter (li.) und Landtagsdirektor Armin Tebben über aktuelle politische Herausforderungen in Europa. Am Vormittag hatte Dr. Peter Huber an der Sitzung des Innen- und Europausschusses teilgenommen. Schwerpunktthema war der EU-Ratsvorsitz von Österreich. Im Juli hat Österreich für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Der Vorsitz steht unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“.*

► *Die Stippvisite im Schweriner Schloss am 6. Oktober war für die Boxer vom Schweriner Boxclub Traktor und die Gästestaffel aus Irland eine willkommene Abwechslung in der Vorbereitung auf das erste Show-Down nach dem Wiedereinstieg des BC Traktor in der 1. Box-Bundesliga. Das Aufgebot von der Grünen Insel reiste gleich mit acht nationalen Champions nach Schwerin. Aber auch Traktor Schwerin hat mit dem dreifachen Deutschen Meister im Nachwuchs Arian Cekicaj sowie Kevin Boyake und Brian Hellwig Klasseboxer im Team.*

► *Am 17. September besuchten Mitglieder des Berliner Diplomatenclubs „Willkommen in Berlin“ das Schweriner Schloss und wurden hier von Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp begrüßt. Bei herrlichstem Wetter besichtigten die Gäste nicht nur den „schönsten Sitz eines deutschen Landesparlamentes“, sondern erlebten bei einem Lunchbuffet in der sonnendurchfluteten Orangerie auch die traumhafte Einbettung des Schlosses in die Seen- und Gartenlandschaft. Weitere Stationen der MV-Rundreise waren Rostock, das Gut Dallwitz im „Mecklenburgischen Parkland“ und die 1000-jährigen Ivenacker Eichen in der Mecklenburgischen Schweiz.*

